

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeitsverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum **Sonnabend** jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 4

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeitsverbande**  
Hamburg 23, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: **Montag vormittag 10 Uhr.** Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum berechnet

### Zum 1. Mai.

Vom **Internationalen Gewerkschaftsbund** ergeht an die gesamte Arbeiterschaft der Welt der Ruf, sich am 1. Mai zu machtvollen Kundgebungen zu vereinigen und ihre Solidarität mit den Klassenforderungen des internationalen kämpfenden Proletariats zu bekunden. Auch die deutsche Arbeiterschaft wird sich, wie in früheren Jahren, an dieser Demonstration beteiligen. Mag auch für sie ein Teil der Forderungen erfüllt sein, für deren Erkämpfung vor 32 Jahren die Matzeier beschlossen wurde, so bedarf es doch zu ihrer vollen Sicherung der gesetzlichen Einführung in allen Ländern, wie dies von der Washingtoner Internationalen Arbeiterschulungskonferenz verlangt wurde.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß sich einig mit der Arbeiterschaft der gesamten Kulturwelt im rastlosen Kampf für die

**völlige Verwirklichung des Achtstundentages** und der übrigen Forderungen des internationalen Arbeiterschutzes.

Aber die Not der Arbeiterklasse erschöpft sich nicht in drückender Arbeitsfron. Sie wird verschärft durch die Geißel der Arbeitslosigkeit, die täglich größere Opfer fordert. Die deutsche Arbeiterschaft wird besonders schwer getroffen durch die

### Gewaltspolitik des Ententekapitalismus,

der den Krieg gegen das unterlegene Deutschland mit wirtschaftlichen und militärischen Machtmitteln weiterführt und die Wiedergesundung unseres Wirtschaftslebens hindert.

Die Matzfundgebung muß sich zu einem wirksamen Protest gegen diese Vergewaltigungspolitik der kapitalistischen Weltmächte ausgestalten. Auch die Arbeiter der Ententeländer leiden unter diesem Widersinn; denn

die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands legt auch ihre Industrien still. Sie stimmen mit uns überein in dem Ruf nach einer internationalen Befriedung und Sanierung der Wirtschaft. Endlich vereinigen wir uns mit ihnen in unserm Kampfe für die Sozialisierung der Produktionsmittel. In den größeren Industrieländern rüstet sich die Arbeiterschaft für die

### Sozialisierung des Kohlenbergbaues

und der Gewinnung der übrigen Erdschätze, die allenthalben die Grundlage des Wirtschaftslebens bilden. Das Gesamtwohl der Menschheit darf nicht länger einer Handvoll von Monopolisten ausgeliefert bleiben. Der Widerstand der Unternehmerklasse gegen jeden Fortschritt der Gemeinwirtschaft muß in zähem Kampfe überwunden werden.

Die unterzeichneten Vorstände der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands rufen daher die deutschen Arbeiter und Angestellten auf, **am 1. Mai in allen Versammlungen zu demonstrieren für die Durchführung des internationalen Arbeiterschutzes in allen Ländern, für die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch internationale Wirtschaftsförderung, für die Sozialisierung der Bodenschätze, für die internationale Arbeitersolidarität, für einen wirklichen Weltfrieden!**

Berlin, 13. April 1921.

**Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.**  
Th. Leipart.

**Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.**  
Auffhäuser. Süß.

### Die Marxsche Gesellschafts- und Staatstheorie.

Mehr als die Lehren irgendeines andern Menschen sind die Lehren von Karl Marx richtunggebend für die Ideologie und die politischen Kämpfe der deutschen, ja der ganzen internationalen Arbeiterschaft geworden. Nicht, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft die Werke von Marx selbst gelesen hätte — dazu sind die Marxschen Hauptwerke viel zu schwer verständlich — wohl aber wurden der Arbeiterschaft die Marxschen Gedanken von dessen Schülern und Auslegern in Millionen von Fällen schriftlich und mündlich tropfenweise nahegebracht.

Da Marx seine Gedanken zu verschiedenen Fragen des Lebens durchaus nicht klar und eindeutig in seinen Werken niederlegte, da er ferner — wie jeder Mensch, der aus der Erfahrung lernt — zu verschiedenen Zeiten seines Lebens ein- und dieselbe Sache verschieden beurteilt hat, so ist es ganz natürlich, daß bei der Gedankenübertragung durch so viele Mittelspersonen die Einseitigkeit der Uebersetzung völlig verloren ging. Dazu trat nicht nur die Tatsache bei, daß der eine Schüler und Ausleger sich mehr auf den jugendlichen, der andere mehr auf den durch Erfahrungen gereiften Marx stützte, sondern auch die weitere Tatsache, daß fast jeder der Marxinterpreten auf Grund seiner persönlichen Anlagen und Vorkenntnisse von einer andern Seite an das Studium der Marxschen Schriften heranging und oft etwas in dessen Werke hineinlas, was tatsächlich nicht darin steht. Das ist besonders auf jenem Gebiete der Fall, wo Marx seine Gedanken nicht in ein einheitliches System gebracht hat, sondern wo nur gelegentliche, unzusammenhängende Äußerungen von ihm vorliegen. Zu ihrer praktischen Auswirkung hat diese verschiedene Auslegung und Uebersetzung der Marxschen Gedanken schon vor dem Kriege zu dem bekannten Richtungsstreit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und neuer-

dings zu mehrfachen Parteispaltungen und zur Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung geführt. Wir haben heute in Deutschland wie in allen kapitalistisch mehr oder minder fortgeschrittenen Ländern mehrere sozialistische Parteien, die alle Marx als ihren geistigen Nährvater betrachten und deren jede von sich behauptet, daß sie und nur sie entsprechend den Marxschen Lehren handle.

Wohl am unstrittigsten von allen Marxschen Lehren ist heute die Lehre vom Staat. Was ist der Staat? Wie ist er entstanden? Soll die Arbeiterschaft den politischen Staat beziehungsweise die Staatsmacht erobern und für ihre Zwecke benutzen? Oder soll sie den Staat zerstören? Kann die Arbeiterschaft mit der Eroberung der Staatsmacht auch zugleich die kapitalistische Gesellschaft aus den Angeln heben und die sozialistische Gesellschaft, das heißt die sozialistische Wirtschaft, mit ganz neuen Produktionsverhältnissen an ihre Stelle setzen? Oder wird nicht vielmehr durch die Eroberung der Staatsgewalt nur die Voraussetzung für die durch politische Schranken ungehemmte Verwirklichung des Sozialismus gegeben? Das sind die Fragen, um deren Entscheidung augenblicklich nicht nur theoretisch, sondern in verschiedenen Ländern praktisch mit den Waffen in der Hand gekämpft wird.

Unter diesen Umständen ist es äußerst verdienstvoll, daß Heinrich Cunow, der Schriftleiter der „Neuen Zeit“ und wohl der beste Kenner der Marxschen Literatur, vor kurzen den ersten Band eines zweibändigen Werkes über die Marxsche Gesellschafts-, Gesellschafts- und Staatstheorie herausgegeben hat. (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.) Cunow begnügt sich nicht damit, die Marxsche Gesellschafts-, Gesellschafts- und Staatstheorie ohne Zusammenhang mit den übrigen gleichartigen Theorien darzustellen, sondern er gibt einleitend eine Geschichte der Gesellschafts- und Staatstheorien überhaupt, soweit diese Bausteine für die heutige Gesellschaftsphilosophie

enthalten. Beginnend bei den ersten griechischen Geschichtsschreibern, führt er uns die christliche Geschichts- und Staatsphilosophie des Mittelalters, die Staats- und Gesellschaftsauffassung im frühkapitalistischen Zeitalter, die englische Sozialphilosophie des 17. und 18. Jahrhunderts, die französische Sozialphilosophie sowie die deutsche Geschichts- und Staatsphilosophie von Hegel über Herder und Kant bis Hegel, den unmittelbaren geschichtsschillerischen Vorgängern von Marx, vor Augen. Er will damit, wie er in der Einleitung sagt, zeigen, was die materialistische Geschichtstheorie von früheren Anschauungen übernommen, wie sie sich dieses Uebernommene einverleibt und was sie selbst auf Grund soziologischer Erfahrungstatsachen und daraus gewonnener Erkenntnisse hinzugefügt hat; denn nur dann werde uns die Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre in ihrer wissenschaftlichen Bedeutung völlig klar, wenn wir verfolgen, wie sie unter bestimmten Verhältnissen aus früheren Anschauungen herauswächst als Ergebnis einer langen Erkenntnisreise.

Nach Marxscher Auffassung ist der Staat ein notwendiges Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung. Er ist entstanden aus der sozialen Schichtung der Klassen, aus dem Bedürfnis, die aus dem wirtschaftlichen Leben herausgewachsenen Klassen gegenüber im Raum zu halten. Dementsprechend ist der Staat nach Marx stets ein Instrument der Klassenherrschaft, der Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klassen durch die politisch herrschenden Klassen gewesen. Entsprechend den Veränderungen, die im Laufe der Jahrtausende in Wirtschaft und Gesellschaft eingetreten sind, haben auch die Staaten ihre Form verändert. Die Zusammenfassung der Klassen und die Art der Ausbeutung haben gewechselt. Aber wie sich der Staat auch gewandelt hat, Klassenstaat ist er geblieben. War der antike Staat vornehmlich eine Organisation der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, der Feudalstaat in erster Linie ein Organ des Grundadel

zur Beherrschung der Hörigen und Leibeigenen, so war der Repräsentativstaat des 19. Jahrhunderts vornehmlich ein Instrument zur Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Marx nimmt an, daß ein Staat nur möglich sei, wenn und solange in der Bevölkerung soziale Unterschiede und als ihre Folge verschiedene Klassen bestanden. Wenn die Klassen verschwinden, verschwindet nach seiner Auffassung auch der Staat, und es tritt dann eine klassenlose Gesellschaft an seine Stelle. Darüber, wie und wann dieser Zustand eintritt, gehen die Auffassungen von Marx zu verschiedenen Zeiten seines Lebens auseinander. Im allgemeinen war Marx der Auffassung, daß die Wirtschaft und nicht der Staat das Grundlegende und Bestimmende sei. Nicht die Staatsmacht hat nach seiner Auffassung die Eigentumsunterschiede und die sozialen Ungleichheiten der Bevölkerung geschaffen, sondern umgekehrt: die politische Herrschaft der Staatsmacht ging und geht aus den jeweils gegebenen Produktionsverhältnissen, den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen hervor. Entsprechend dieser Auffassung war Marx noch im Jahre 1847 der Meinung, daß die Arbeiterklasse durch eine politische Revolution nicht die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft vornehmen könne, wenn sich nicht die Produktionsverhältnisse vorher schon geändert haben. „Stützt“, sagt er, „das Proletariat die politische Herrschaft der Bourgeoisie, so wird sein Sieg nur vorübergehend, nur ein Moment im Dienste der bürgerlichen Revolution selbst sein, solange im Laufe der Geschichte die materiellen Bedingungen noch nicht geschaffen sind, die die Abschaffung der bürgerlichen Produktionsweise und darum auch den Sturz der politischen Bourgeoisie notwendig machen.“

Die gleiche Auffassung kommt in seiner 1847 erschienenen Schrift „Das Elend der Philosophie“ zum Ausdruck, wo Marx annimmt, zunächst werde die kapitalistische Gesellschaft durch die Bildung von Assoziationen oder Wirtschaftsgenossenschaften zerlegt werden und dadurch ihren Klassencharakter verlieren. Erst nachdem auf diese Weise der Staat als Herrschaftsinstitution seine Grundlage in der Gesellschaft verloren habe, werde auf dem Wege der politischen Revolution auch die Staatsgewalt fallen und der Staat zu einer großen Verwaltungsgenossenschaft werden. Die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische sozialistische Wirtschaftsgenossenschaft sollte also der politischen Revolution vorausgehen, die gewissermaßen nur als politische Vollstreckerin der inzwischen vor sich gegangenen sozialen Entwicklung gedacht wurde. Im Gegensatz zu dieser Auffassung vertrat Marx in den folgenden Jahren unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse im kommunistischen Manifest die Meinung, daß das Proletariat die Klassenherrschaft und damit den Staat aufheben könne, indem es sich durch eine Revolution zur herrschenden Klasse mache und als herrschende Klasse gewaltlos die alten Eigentums- und Produktionsverhältnisse aufhebe. Indem sich das Proletariat der Staatsgewalt bemächtigt und durch diese alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates zentralisiere, stelle es die sozialistische Gesellschaft her. Mit den Existenzbedingungen des Klassenkampfes hebe sie die Klassen überhaupt und damit auch ihre eigene Herrschaft als Klasse auf.

Als die revolutionären Stürme der 1848er Jahre vorüber waren und die Reaktion wieder einsetzte, kehrte Marx zu der Auffassung zurück, daß die Abschaffung der Klassenherrschaft und des Staates nur möglich sei, wenn vorher die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie durchbrochen, das heißt: die Lohnarbeit durch die assoziierte Arbeit überwunden sei. Da er annahm, daß die Besitzenden als Inhaber der politischen Staatsmacht die Abschaffung der Ausbeutung durch Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften verhindern würden, so forderte er in der Inauguralrede der Internationalen Arbeiterassoziation zunächst die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse sollte damit den Weg freimachen zu einer völligen Aenderung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit Hilfe des Systems der Wirtschaftsgenossenschaften. Indem sie der genossenschaftlichen Arbeit zum Durchbruch verhilfe und damit die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinde, werde allmählich die Klassenschichtung verschwinden.

Jedoch auch diese Auffassung behielt Marx nicht dauernd bei. Als während des deutsch-französischen Krieges das Pariser Proletariat durch Errichtung der Pariser Kommune vorübergehend zur Herrschaft gelangte, empfahl er in der zweiten Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation über den deutsch-französischen Krieg die Pariser Kommune allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs als Muster. Er glaubte nun, die Entwicklung werde

berat vor sich gehen, daß sich die Arbeiterklasse zunächst der einzelnen Gemeinden bemächtigt und diese als Gebel benutze, um „die ökonomischen Grundlagen umzuküpfen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht“. Diese sozialistischen Kommunen hätten sich dann wieder zusammenzutun, also Kommunalverbände zu bilden, die, indem sie der Staatsgewalt immer weitere wichtige Funktionen abnehmen, deren Wirkungskreis einschränken und schließlich die Staatsgewalt brächen.

Während also Marx im kommunistischen Manifest die gesamten Produktionsmittel durch die zur politischen Herrschaft gelangte Arbeiterklasse in den Händen des Staates zentralisieren wollte, soll sich nun die sozialistische Gesellschaft nach der Generalratsadresse nicht auf der zentralisierten Staatsgewalt, sondern auf der Grundlage der sozialisierten Gemeinden aufbauen und damit die Staatsgewalt überflüssig machen: Im kommunistischen Manifest, sagt Cunow, wird ein zentralisierter Staat als Fundament der neuen Gesellschaftsformation unterstellt, in der Generalratsadresse eine Föderation der Gemeinden. Doch ist das nicht der Hauptunterschied. Dieser liegt darin, daß Marx im kommunistischen Manifest der Diktaturgewalt der Arbeiterklasse ohne weiteres die Macht verleiht, durch gewalttätige Eingriffe in den Wirtschaftsmechanismus die ganze Produktionsweise umzugestalten. Nach der zweiten Generalratsadresse kann dagegen nicht einfach die Staatsgewalt von der Arbeiterklasse übernommen und zum Zweck der Abschaffung der Klassen benutzt werden. Diese Abschaffung wird vielmehr erst nach Ablauf einer „ganzen Reihe von geschichtlichen Prozessen“ möglich sein. Die Arbeiterklasse kann nicht einfach ihre sozialen Ideale verwirklichen; sie kann nicht durch Volksbeschlüsse kurzweg die Gesellschaftsform ändern, sondern nur der sich vollziehenden sozialen Umwälzung durch Hinwegdrängen staatlicher Hindernisse den Weg freimachen. Auch in seiner Kritik des Gothaer Programms der Sozialdemokratie wies Marx darauf hin, daß der Eroberung der Staatsgewalt noch keineswegs die sozialistische Gesellschaftsform folge. Diese könne nur langsam aus ihren eigenen Entwicklungsbedingungen „nach langen Geburtswehen“ herauswachsen. Deshalb vermöge die Arbeiterklasse, selbst wenn sie die politische Herrschaft erlangt, auch durchaus nicht alsbald eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu schaffen, Mühsände wären zunächst unvermeidlich und erst nach und nach werde sich der Übergang der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise vollziehen.

Mit dieser Auffassung gibt Marx seine frühere Auffassung von der gewalttätigen Aenderung der Produktionsverhältnisse, wie er sie im kommunistischen Manifest niedergelegt hatte, preis. Er gibt dies übrigens in der Vorrede zur zweiten Auflage des kommunistischen Manifestes (1872) selber zu, indem er auf die Aenderung der Verhältnisse in den 25 Jahren seit Abschaffung des Manifestes verweist und sagt: Auf die am Ende von Abschnitt 2 des Manifestes vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln werde durchaus kein besonderes Gewicht gelegt. „Dieser Passus würde heute in vieler Beziehung anders lauten.“ Infolge der Fortentwicklung der großen Industriekräfte u. s. w. sei das kommunistische Manifest stellenweise veraltet. Namentlich habe die (Pariser) Kommune den Beweis geliefert, „daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“.

War somit Marx im Jahre 1872 von der Auffassung abgekommen, das Proletariat könne nach Erreichung der politischen Macht die sozialistische Wirtschaft gewaltlos einführen, so hielt er nach wie vor den Gedanken aufrecht, daß zwischen der Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und der Ausrichtung einer sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Wirtschaftsform ein längerer Zeitraum proletarischer Herrschaft liegen werde, den er als die Periode der „Diktatur des Proletariats“ bezeichnet. „Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft“, sagt er, „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ Dieser Satz haben die russischen Bolschewisten und die deutschen Kommunisten ganz besonders als Begründung für die Durchsetzung ihrer Diktaturbestrebungen genommen. Aber sie haben dies, wie Cunow nachweist, völlig zu Unrecht getan. Die Diktatur, die die russischen Bolschewisten ausübten und die die deutschen Kommunisten gern ausüben möchten, hat nichts zu tun mit der Diktatur, die Marx mit dem obigen Satz im Auge hatte. Den Gedanken, daß eine Minderheit des Proletariats sich der politischen Gewalt bemächtigen und sich zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft terroristisch-diktatorischer Maßnahmen bedienen

darf, hat Marx überhaupt nicht in Betracht gezogen. Die proletarische Diktatur besteht nach seiner Meinung vielmehr in der proletarischen Herrschaft auf Grund der Demokratie. Nach seiner Meinung könnte das Proletariat nur zur Herrschaft kommen und nur dann seine Herrschaft aufrechterhalten, wenn es die große Mehrheit der Bevölkerung umfaßt. In diesem Sinne sagt er schon im kommunistischen Manifest:

„Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten, aber im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrheit in dem Interesse der ungeheuren Mehrzahl.“

Noch deutlicher spricht Marx an anderer Stelle des kommunistischen Manifestes aus, daß er sich die Diktatur des Proletariats als Durchführung der Demokratie, als Diktatur der großen Mehrheit des Volkes vorstellt, ja, daß nach seiner Meinung die Erklämpfung der Demokratie der erste Schritt der proletarischen Revolution sein müsse. Er sagt:

„Wir haben schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erklämpfung der Demokratie ist.“

Genau wie Marx hat übrigens auch Friedrich Engels die demokratische Republik als die „spezifische Form für die Diktatur des Proletariats“ bezeichnet. In der Vorrede zur Schrift „Bürgerkrieg in Frankreich“ (3. Auflage) sagt er: „Der deutsche Pöhlster ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, Ihr Herren, wollt Ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht Euch die Pariser Kommune an! Das war die Diktatur des Proletariats.“ Marx selbst aber sagt in der Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation: „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten.“

Nach alledem kann kein Zweifel darüber herrschen, was Karl Marx unter „Diktatur des Proletariats“ verstanden hat. Die Diktatur einer Minderheit gegenüber der Mehrheit eines Volkes sicher nicht. Im übrigen weist Cunow mit Recht darauf hin, daß Marx bei seiner ganzen Staatsbetrachtung dadurch nicht zu einer richtigen Einschätzung des Staates und seiner Bedeutung für die Arbeiterklasse und die Zukunft gekommen sei, daß er immer nur die eine Seite des Staates, den Staat als Herrschaftsorganisation gesehen hat, nicht aber auch das, was der Staat schon am Ende des 19. Jahrhunderts nebenbei auch gewesen ist und immer mehr wird: nämlich ein Verwaltungsstaat, eine große Wirtschaftsgemeinschaft, mit der das Lebens- und Kulturinteresse des Staatsbürgers mannigfach verknüpft ist. Aus dem Obrigkeitstaat des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, der im wesentlichen nur ein bürokratischer Regierungsapparat zum Schutze dynastischer und ständischer Interessen war, ist unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung und unter dem dauernd erstarkenden Einfluß der aufstrebenden Arbeiter immer mehr ein Wirtschaftsstaat geworden, der heute schon einen großen Teil jener Funktionen ausübt, die früher ausschließlich Private ausgeübt haben. Durch die Abschaffung der politischen Vorrechte der alten herrschenden Klassen ist der Staat in jüngster Zeit auch mehr als früher zum Volksstaat geworden, das heißt, zum Staat, in dem nicht mehr nur der Wille einer bevorrechteten Minderheit gilt, sondern letzten Endes der Wille der Volksmehrheit. Wenn sich heute die Volksmehrheit noch nicht für den Sozialismus entscheidet, so ist daran nicht der Staat und seine Verfassung, sondern die mangelnde Aufklärung und nebenbei auch der häßliche, die Massen abstoßende Kampf der Sozialisten untereinander schuld. So wird Cunow recht behalten, wenn er sagt:

„Die Entwicklung des Staates hat eine andere Richtung genommen, als Marx und Engels in ihrer Beeinflussung durch liberalaristokratische Zeitströmungen glaubten. Der Staat wird nicht überflüssig, er verliert nicht, wie Engels meint, einen immer größeren Teil seiner sonstigen Funktionen an die Gesellschaft, sondern er übernimmt im Gegenteil immer weitere soziale Aufgaben und erweitert dadurch seine Verwaltungsmaschinerie. . . Zwar der Staat, den Marx vor Augen hatte, wird verschwinden, aber die neue Entwicklungsphase wird nicht, wie Marx unterstellt, darin bestehen, daß der kapitalistische Staat unter Übertragung seiner Funktionen auf die Gesellschaft sich in diese auflöst, sondern daß an seine Stelle auf der Grundlage einer neuen Gesellschaftsordnung ein neuer, höher entwickelter Staat tritt: der sozialistische Wirtschafts- und Verwaltungsstaat.“

A. Ellinger.

Das Existenzminimum im März.

Von Dr. M. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im März 1921 niedriger als in den 12 Vormonaten. Billiger als im März 1920 waren vor allem Hülsenfrüchte, Getreide, Schmalz und Mehl. Teurer vor allem Brot, Kartoffeln, Zucker, Milch, Wurstwaren. Im Vergleich mit der Kriegszeit waren die Preise selbstverständlich nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete zehnmal soviel wie vor 7 Jahren, Margarine und Weißbrot vierzehnmal soviel, Zucker fünfzehnmal soviel, Kartoffeln zweieinundzwanzigmal soviel. Dabei sind die Fleischpreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von März 1914 bis März 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den 5 Wochen vom 28. Februar bis zum 3. April wurden an die Bevölkerung verteilt:

Table with 2 columns: Item, Preis März 1921, Preis März 1914. Items include 9500 g Brot, 1425 Nahrungsmittel, 500 Butter, 150 Zucker, 1375 Zucker. Total 5985 446.

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 59,35 Kalorien muß, konnte man vor 7 Jahren für 4,46 Kalorien kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 7100 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11.200 Kalorien, der einer Frau etwa 10.800 und der eines Mannes etwa 21.000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11.200 = 7100 = 1560 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der zu errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5000 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigen Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 Kalorien, für eine Frau auf 36 Kalorien, für einen Mann auf 47 Kalorien. Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im März 1914 für ein Kind 1,85 Kalorien, für eine Frau 2,83 Kalorien, für einen Mann 4,68 Kalorien. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 7 Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unvorteilhafter Menge zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Verbilligung der für die Vormonate werden hier daher für die Kriegszeit angelegt: Kind 1,75 Kalorien, Frau 2,80 Kalorien, Mann 3,50 Kalorien.

Table with 2 columns: Item, Preis März 1921, Preis März 1914. Items include Rationierte Nahrungsmittel, 3000 g Kartoffeln, 125 Speisebohnen, 250 Wurstwaren, 125 Margarine, Auf für ein sechs- bis zehnjähriges Kind, 1500 g Kartoffeln, 250 Kraut, 250 Haseerbsen, 1250 Gemüse, 250 Speisebohnen, 250 Erbsen, 125 Margarine, 125 Wurstwaren, 250 g Erbsen, 125 Speck, 125 Margarine, 500 Reis, 125 Wurstwaren. Total 1187 89, 3000 330, 125 56, 250 445, 125 270, 2928 185, 1500 165, 250 140, 250 167, 1250 200, 250 113, 250 125, 125 270, 125 95, 3563 288, 250 125, 125 300, 125 270, 500 360, 125 95, 4713 366.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stuben und Küche, für Heizung 1 Zentner Weizen und für Beleuchtung 6 cbm Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 0,4 (1913/14: 5,50 Kalorien), für Heizung 16,25 Kalorien (1,15 Kalorien) für Beleuchtung 6,00 Kalorien (75 Kalorien). Für die Wohnung, das heißt für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Meidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 27 Kalorien (2,50 Kalorien), Frau 18 Kalorien (1,65 Kalorien), Kind 9 Kalorien (85 Kalorien). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereimung, Fahrgebühren, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/2 (1913/14: 1/4) machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

Table with 3 columns: Item, Mann, Ehepaar mit 2 Kindern. Items include Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Sonstiges, März 1921, Februar 1921, Januar 1921, März 1920, Aug. 1918/Juli 1914. Total 47, 83, 129, 9, 9, 23, 23, 23, 27, 45, 63, 35, 53, 74, 141, 213, 298, 151, 226, 314, 157, 224, 323, 165, 241, 322, 16,75, 22,30, 28,80.

(Für die einzelnen Monate des Jahres 1920 vergleiche mein Buch „Das Existenzminimum und verwandte Fragen“.) Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 123 bis 126.)

Auf den Arbeitslohn umgerechnet beträgt der notwendige Mindestbedarf im März 1921 für einen alleinlebenden Mann 24 Kalorien, für ein kinderloses Ehepaar 35 Kalorien.

für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 50 Kalorien. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 7350 Kalorien, für das kinderlose Ehepaar 11.100 Kalorien, für das Ehepaar mit 2 Kindern 15.500 Kalorien. Vom letzten Kriegsjahre bis zum März 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 Kalorien auf 41,1 Kalorien, das heißt auf das 8,4fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Kalorien auf 213 Kalorien, das heißt auf das 9,5fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 Kalorien auf 298 Kalorien, das heißt auf das 10,3fache. Im dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Marktlage jetzt 10 bis 12 mal teurer.

Die Gewerkschaftsbewegung.

(Eine Buchbesprechung.)

Ein Werk aus der Feder des Schriftstellers Dr. S. Westrich. Der erste Band ist erschienen in Verlage von Ernst Heinrich Moritz (Zuhörer: Franz Mittelbach) in Stuttgart, Preis 14 Mark, gebunden 17 Mark. Auf 488 Seiten gibt der Verfasser eine treffend klare Schilderung, die die größte Beachtung verdient und besonders in Arbeiterkreisen gelesen werden sollte.

Von den Gewerkschaften und Arbeitervereinen im 14. Jahrhundert bis in die heutige Zeit der modernen Gewerkschaften erleben wir die Kämpfe unserer Klassenossen und die Entwicklung ihrer Organisationen zu dem, was sie heute sind. Im 14. Jahrhundert lebten Geselle und Handwerksmeister unter einem Dach. Beide gingen meistens des Morgens mit der Arbeit gemeinsam an und machten zusammen Feierabend. Die Wochentage wurden gemeinsam eingenommen. Es wurde mehr auf gute Kost als auf hohen Lohn gesehen. Erst mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind die Vorbereitungen für das Entstehen der modernen Gewerkschaften gegeben. Der Meister, der mehrere Gesellen beschäftigte, ging an, für diese besonders zu sorgen, das heißt schlechteres Essen zu geben. Er konnte auch am Ende schon leben, ohne selbst zu arbeiten. Die verbesserten Produktionsmethoden die wachsende Ertragskraft der deutschen Silbergruben sowie die erhöhte Goldproduktion in Amerika hatten die Preisrevolution im 15. und 16. Jahrhundert zur Folge. Die Gegenkräfte zwischen Meister und Gesellen verschärfen sich noch mehr. Die Marktlage fängt an, den Handarbeitern Konkurrenz zu machen. Die Kundenproduktion verschwindet immer mehr. Es wird für den Markt produziert. Es entsteht die Spinnarbeit für den Kapitalisten, die die ganze Familie ernährt. In der Markt nicht aufnahmefähig, haben wir eine Krise. Für den Arbeiter bedeutet es: Arbeitslosigkeit. Die industrielle Arbeiterbewegung entsteht. Diese Entwicklung setzt sich mit solcher Unerwartung über alle Zusage hinaus, daß neue Gewerkschaften, die den neuen Verhältnissen Rechnung tragen, immer nachgeholt kamen. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts herrschte in Deutschland kirchliche Zensur. Der bürgerliche ungeachtet der Weite sah anfangs nur in den Maßnahmen seinen Feind und weidete sich auch gegen diese. Aber gleich nach der Revolution im Jahre 1818 entspringen die ersten Gewerkschaften und Arbeitervereine. Berliner Arbeiter wählten im April desselben Jahres ein Zentralkomitee mit dem Buchdrucker Stephan Born an der Spitze. Dieses Komitee hat sich mit den Arbeitern in Verbindung, und an vielen Orten Deutschlands entstanden nun Komitees. In einem dreimal wöchentlich erscheinenden Organ wurden die Forderungen der Arbeiter vertreten. Ein im August in Berlin tagender Kongreß, besetzt von 35 Ortsvereinen, formuliert nach tagelanger Aussprache Forderungen hinsichtlich Arbeitszeit und Bestimmung eines Lohnminimums. Die auf diesem Kongreß gegründete „Arbeitervereinerklärung“ beanspruchte in ihrem Statut die Verwirklichung aller Forderungen durch die Komitees unter Einbeziehung eines gewissen Prozentsatzes zur Gründung eines Fonds für den Erwerb von Land und zum Bau gewerkschaftlicher Arbeiterwohnungen.

Als erste rein gewerkschaftliche Bewegung kann man die zentralen Berufsverbände der Buchdrucker und der Tabakarbeiter anprechen. Diese wurden ebenfalls 1848 gegründet. In ihren Programmen forderten sie Maßnahmen für Lohnserhöhung und Verminderung der Arbeitslosigkeit. Im Statut waren Kranken- und Wanderunterstützung vorgesehen. Die wieder auftommende Reaktion unterdrückte 1850 die meisten Ortsvereine der „Arbeitervereinerklärung“ sowie die Verbände der Buchdrucker und der Tabakarbeiter. Aberhalb Jahrzehnte herzieht wieder absolute Ruhe in Deutschland. Die Aufhebung von Forderungen oder ihre Unterdrückung war bis in die sechziger Jahre verboten. Wie die Einführung einer Lohnserhöhung durch Streikstimmung und Strafgewalt hervorrief, „stellte“ eine Schwadron Illusionen, die Ruhe“ wieder her. In Augsburg wurden 1868 sämtliche 68 Teilnehmer einer Schneidervereinerklärung, die über Lohnfragen gesprochen hatten, wegen „unbefugten Mäuschens“ verhaftet. Doch diese obrigkeitliche Bevormundung entsprach doch nicht mehr den allgemeinen Empfindungen, und so ließ man sich denn herbei, die Erlaubnis zu geben, sich zur Verwirklichung seiner wirtschaftlichen Interessen zu vereinen. Das indirekt am weitesten entwickelte Sachsen ging voran. Die anderen Staaten — auch Preußen — folgten.

Der soeben von England zurückgekehrte Wilhelm Liebknecht hielt vor Berliner Arbeitern Vorträge über die Koalitionsfreiheit, deren Vorteile er drüben kennen gelernt hatte. Hierdurch angeregt, forderten die Buchdrucker in einer Petition die Koalitionsfreiheit. Die Fortschrittler, die damaligen Vertreter der Arbeiter im Parlament, wagten nicht, diese Forderung energig zu vertreten. Erst 1869 wurde in der Gewerbeordnung die Reform des Koalitionsrechts durchgeführt. Jedoch wurden die Handarbeiter ausgeschlossen, und die Arbeitswilligen genossen den besonderen Schutz der Gewerbe. Ehe die Verordnungen über das Koalitionsrecht abgeschlossen waren, hatte in der Arbeiterbewegung eine lebhafteste Bewegung eingesetzt. Aus dem „Zigarrenarbeiter-Verein“ in Leipzig ging der „Allgemeine deutsche Zigarrenarbeiterverein“ hervor, an dessen Spitze Friedrich trat. Die Buchdrucker hatten 1866 den „Deutschen Buchdruckerverband“ gegründet. Es folgten die Schneider, dann die Weber. In den Aufstufen sprach man sich für zentrale Organisationen unter starker Betonung des gewerkschaftlichen Charakters aus.

Kasseler gründete 1868 die erste politische Organisation. Er verurteilte Streiks, verfocht die Theorie vom „ehren

lohngesetz“, demzufolge durch Streiks eine allgemeine Besserung der Lage des Arbeiters nicht erzielt werden könne. In derselben Zeit ebneten Biele und Niedersiedel den Boden für eine selbständige Arbeiterpartei. B. Schneider berief einen Kongreß nach Berlin; aber schon vor diesem entwickelte Biele auf einem Vereinstag der deutschen Arbeitervereine seinen Plan über die Gründung von „Gewerkschaften“. Da v. Schneider seinen eigenen Weg gehen wollte und auf dem Berliner Kongreß der „Arbeitervereinerklärung“ gegründet wurde, gingen auch Biele Anhänger endgültig zu der Gründung ihrer „Gewerkschaften“ über. In den Statuten der letzteren kam der Gedanke der Demokratie mehr zum Ausdruck. Die „Gewerkschaften“ erwiesen sich von größerer Lebensfähigkeit als die Schneider'sche Organisation.

Die nach 1873 einsetzende Krise mit ihrem Zusammenbruch zahlreicher Unternehmungen aus der Grünperiode betrafte die Arbeiterklasse schwer. Deutschland war immer mehr Industriestaat geworden. Die gemeinsame Arbeit in der Fabrik war insofern von Vorteil für die Gewerkschaften, als gemeinsam getragene Not das Solidaritätsgefühl ungemein steigerte. Die Behörden arbeiteten bei einem solch zweifelhafte Koalitionsrecht mit allen Mitteln gegen die Gewerkschaften. Man verlangte Mitgliedsverzeichnisse und beschlagnahmte Kasien. In Sachsen erklärte man die Versammlungen der Verbände für genehmigungspflichtig, weil dort „öffentliche Angelegenheiten“ verhandelt wurden. In Mecklenburg wurde die Organisationszugehörigkeit mit 1000 Mark Geldstrafe „geahndet“. Die Kampfmittel der Unternehmer seien mit den Worten „schwarze Listen“ und farbige Entlassungsscheine nur kurz angebeutet. Die „Wohlfahrts-Einrichtungen dieser Herren wurden sofort durchschnitten“.

Als sich 1875 die politischen Arbeiterparteien einigten, konnten auch die Gewerkschaften sich strenger zusammenschließen. Man baute die Organisation aus. Schutz Streiklisten, Wanderunterstützung, regelte das Verhältnis zu anderen Organisationen. Ein Kongreß sollte das Weitere entscheiden. Inzwischen hatte man den „Helbengreis“ nach seinem Leben getrauert; es entstand eine wilde Hege gegen die Arbeiterbewegung, aus der heraus das Sozialistengesetz geboren wurde. Gewerkschaften, die nicht schon zu Beginn der Wirkksamkeit dieses Gesetzes unterdrückt wurden, wurden in reine Unterstützungsvereine umgewandelt. Ihre Zeitungen wurden der beruflichen Fortbildung gewidmet. Das hinderliche jedoch die Behörden nicht, auch diese Zeitblätter von Zeit zu Zeit zu unterdrücken. Nur den Buchdruckern gelang es, sich ohne völlige Unterdrückung durch die 12 jährigen Jahre durchzuwinden. Doch bald fanden die Gewerkschaftsangehörigen wieder Gelegenheit, sich zur Vorbereitung von Lohnfragen zu versammeln; die Polizei sah darauf, daß nur „unbescholtene Personen“ das Wort führten. Die achtziger Jahre zeigten uns wieder Fachvereine, mit gewerkschaftlichen Tendenzen stark besetzt. Als 1885 die Berliner Maurer streikten und die Polizei in den Sympathiebriefen traten, gab der Minister Putzamer seinen Streikverbot heraus mit der Begründung: „Hinter jedem Streik lauert die Hydra der Revolution!“ Die Bewegung schritt vorwärts auf der ganzen Linie. So veranstaltete die „Agitationskommission der Maurer“ noch ein Jahr vor Ablauf des Ausnahmegesetzes 16 Touren. Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, führte auch der Vater dieser nationalen Schande. Die Gewerkschaften aber halten ihre Mitgliederzahl in den 12 Jahren verunfälscht. 250.000 Mitglieder nannten sie die Jäger.

Hand in Hand mit der Industrialisierung ging auch die Proletarisierung. Wenn auch die Vereinseigenen immer noch für die Arbeiterbewegung Hindernisse aufstülpte, so sehte nun doch ein Aufschwung ein, der die deutschen Gewerkschaften auch bald zwang, die Führung in der internationalen Arbeiterbewegung zu übernehmen. Man entschied sich grundsätzlich für Zentralverbände. Nur die Frage der äußeren Organisationsform löste heftige Debatten aus, aus der dann schließlich die Organisierung nach Berufen als Sieger hervorging. Der deutsche Werftarbeiterverband, eine Industriearbeiterorganisation, mußte bald wieder eingehen. Die Metall- und die Holzarbeiter forderten für sich alle Arbeiter, die den gleichen Stoff verarbeiten. Ein Ziel, das erst in den allerletzten Jahren erreicht wurde. Sehr viel Sorgfalt wurde an dem Auf- und Ausbau der Verfassung angewendet. Ein entscheidendes Wort in Streikfragen wurde dem Hauptvorstand übertragen, weil er in der Lage ist, die Gesamtfrage beurteilen zu können. „Der Wunsch nach einem Streik ist gewöhnlich dann am lebendigsten, wenn der Zeitpunkt für die Aufnahme des Kampfes am ungünstigsten ist.“ Schon in den sechziger Jahren wurde von den „Bonzen“ ein heftiger Kampf gegen unbefohlene Streiks geführt. Die Bebel'schen „Rufverordnungen“ haben deshalb vor, daß in der Notlage keine größeren Mittel angesammelt werden dürfen. „Es ist auch kein Vorrecht der Demokratie, daß eine relativ kleine Gruppe die Befehdung der Solidarität von der Gesamtheit auch in dem Fall verlangen kann, wenn andere und größere Kreise in Mitleidenschaft und in Gefahr gerissen werden.“ So heißt es mit Recht in einem „Handbuch für Funktionäre“. Die in früheren Jahren so beliebte „Arbeitsvereinerklärung“ wurde verbannt. Die organisierte Arbeitsniederlegung ist die ultimo ratio im Gewerkschaftsarsenal. In diesen Fragen sind harte Neigungen zwischen der Mitgliedschaft und ihren Vorständen immer an der Tagesordnung gewesen.

In den Fachvereinen der Maurer mußten Lohnbewegungen einen Monat vorher angemeldet werden. Als in Neuhaus an der Elbe 1888 die Maurer eine durch Ueberzeugung entstandene Wohnungsnot für eine Lohnbewegung ausnutzen wollten, legte die Agitationskommission den Streikverbot ab. Die Zimmerer mußten in einem Jahre 7 Streikverträge ablehnen. Bei Mißfolge ist auch damit zu rechnen, daß kurzfristige Mitglieder davonlaufen und damit die Kampfkraft der Organisation überhaupt schwächen. Ein Maurerstreik in Preetz im Jahre 1876 konnte erst nach 2 1/2 Jahren abgebrochen werden, und der Fabrikarbeiterverband mußte 1893 einen Streik von 3 (1) Schablonenschneidern ergebnislos abbrechen. Auch heute sind die Leute noch nicht ausgehorcht, die da glauben, das Proletariat müsse durch möglichst viele Streiks für den großen Entschlößungskampf einzugereizt werden. Im allgemeinen gab man den Streiks zur Verkürzung der Arbeitszeit den Vorzug, weil nach den Worten des Maurers Großkain: „Lohnserhöhungen erfordernsgemäß nicht lange wirken; denn diese sind bald durch Preissteigerung ... unschlüssig gemacht. Die Verkürzung der

Arbeitszeit dagegen ist eine Erleichterung für immer, und hat auch regelmäßig eine Lohnerhöhung im Gefolge.

Die Streikverurteilung, die früher zum großen Teil aufgebracht wurde durch "Beleide" — das ist der Paragraf, den früher die Richter herangezogen, um einen Genossen zu verurteilen, der beim Sammeln von Geldern für Streikende gefasst wurde — wurde jetzt gänzlich gestrichelt. Besondere Streikverurteilungen wurden gestrichelt. Immer mehr entwideten die Gewerkschaften sich zu einem Machtfaktor, den man schließlich nicht mehr umgehen konnte. Und so trat dann in den neunziger Jahren die Tarifvertragsidee ihren Siegeszug an. Es waren große, operierende Stämme, um die Anerkennung der Organisation als Tarifpartner bei den Unternehmern zu erzwingen. Die mächtigen Herren der Eisenindustrie machten sich 1906 auch noch hierzu bequem. Schon in früheren Jahren gab es Leute im Arbeiterlager, die meinten, Tarifverträge lägen nur im Interesse des Kapitals. Der dritte Gewerkschaftskongress 1899 legte aber seine Meinung mit großer Mehrheit in einer Resolution nieder, die besagte: "Tarifliche Vereinbarungen sind als Beweis der Anerkennung der Arbeiter seitens der Unternehmer... erbreitenwert. Dauer und Umfang... hängen von der Eigenart des Berufes ab."

Die Zahl der zu tariflich festgelegten Bedingungen beschäftigten Arbeiter stieg dauernd und erreichte 1913 die Ziffer von 23 Millionen. Damit war für einen großen Teil der Arbeiterschaft das ökonomische Grundgesetz von Angebot und Nachfrage, hinsichtlich der Ware Arbeitskraft, ausgeschaltet. Was das in einem Lande mit einer industriellen Arbeiterarmee bedeutet, wird wohl jeder verstehen. Eine Hauptarbeit mit der die Sicherung des Sozialfriedens besteht. Daneben wurde eine gewaltige Arbeit geleistet für den Ausbau des Arbeiterschutzes, der kulturellen Erziehung der Mitglieder durch Förderung aller Art von Bildungsanstalten. Von der Wüchertätigkeit zum billigen Theaterbesuch, "Bildungs- und Unterhaltungsanstalten" empfehlen sich, um den Arbeiter gegen gewisse Notfälle zu schützen. Ihm die bestehenden Verhältnisse und ihre Folgen vom wissenschaftlichen Standpunkt erklärbar und begrifflich zu machen, ihn dadurch weniger Gemütsdepressionen auszuweichen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, führte man die Arbeitererziehung, die eine Modernisierung des "Geistes" aus der guten alten Zeit ist, wieder ein, dazu kamen Kranken- und Invalidenversicherung. Der Gedanke der Internationalen wurde ganz besonders gepflegt, auch durch Taten bekräftigt. So finanzierten die deutschen Arbeiter beispielsweise den schwedischen Massenstreik mit über eine Million Kronen, das ist gut die Hälfte der Gesamtkosten dieses Streiks gewesen. Der Gedanke ist halber sei hinzugefügt, daß auch ausländische Arbeiter, soweit es bei den dortigen Organisationen überhaupt möglich gewesen ist, Kämpfe der deutschen Arbeiter unterstützen. Diesen großzügigen Anfängen folgte der Weltkrieg zunächst einen Damm. Und hier schied sich der erste Rand des mit wertvollen Mitteln versehenen Material ausgeschalteten Wertes. Goffen wir, daß der zweite Rand bald folgen wird. So gewaltig, wie die Gewerkschaften nach dem Kriege angewachsen sind, ebenso gewaltig ist ihre Aufgabe, die sie noch zu erfüllen haben. Sie sind bezogen, im Wiederaufbau der Wirtschaft der Stimme des wertvollen Volkes Gehör zu verschaffen und ihm zu seinem Recht zu verhelfen. Zu diesem Ziel führt nur ein zentraler Weg, der zu einem guten Teil aus der Zuhilfenahme von Gewerkschaften besteht. Keine Gruppe ist auf dieser Marschroute, die weiter umgehen können. Das organisierte Proletariat wird aber diese Einmündigkeit ihres Ziel dienlich zu machen wissen, indem sie die Leitung ihrer Organisationen nicht Kapuzinern anvertraut, sondern Männern, die mit dem Produktionsprozess, mit den großen wirtschaftlichen Zusammenhängen vertraut sind. Die die Fähigkeit haben, Konjunkturen richtig zu beurteilen, persönlichen Mut besitzen, der sich nicht scheut, den Freunden auch mal eine ungemessene Wahrheit zu sagen.

Nach der tatsächlichen Erhebung der politischen Macht haben die Gewerkschaften die Aufgabe, im entscheidenden Maße mitzuwirken an der Ueberführung der Wirtschaft in den Sozialismus. Es gilt dann, die Verteilung der Arbeitskräfte nach individuellen Neigungen und Fähigkeiten vorzunehmen. Es gilt, die Sozialisierung der "reinen" Betriebe durchzuführen und das "Reinwerden" der anderen Betriebe zu beschleunigen. In der Zeit der ungeheuren Kapitalakkumulation, die eine Vorbedingung für eine unbedingt notwendige Produktion auf höherer Stufenleiter ist, ist acht darauf zu geben, daß dieses nicht auf Kosten der Lebensweise und der Gesundheit der Arbeiter geschieht. "Es muß Menscheneconomie getrieben werden!" In diese schonen Worte klingt das erste Buch des Schriftstellers Werles aus. Hier haben wir, in einem Satz gedrängt, Ziel und Richtung der Gewerkschaftsbewegung. Laßt uns alle dieser Bewegung dienen. Nicht spalten, sondern Aufbau und Ausbau sei unsere Parole.

Gustav Dahnke.

### Die gewerkschaftliche Internationale zur politischen Weltlage.

Der Abbruch der Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierungen Deutschlands und der Entente (Ende Februar) in London hatte eine Lage geschaffen, die nicht nur unmittelbare Folgen für Deutschland auslöste (Einschiebung der "Sanktionen" genannten Maßnahmen), sondern zu einer heftigen Gefahr für die Welt Europas, ja der Welt fast zwangsläufig auszuweiten mußte. An ihr teilnahmslos vorüberzugehen, wäre schlimmer als ein Verbrechen. In voller Erkenntnis der Notwendigkeit, den abgebrochenen Verhandlungsgang da wieder aufzunehmen, um ihn zu zünftige Verhandlungen fallen gelassen hatte, besprach der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung vom 14. und 15. März einsehend die Möglichkeiten, unter denen die Vertreter der beteiligten Länder die Verhandlungen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen schaffen oder wie ein bahngreifender Zug auf die Regierungen ausgeübt werden könnte. Die beiden Vertreter der deutschen Gewerkschaften, die Genossen Grammann und Sule, erklärten, daß die deutschen Arbeiter bereit wären, mit allen Kräften für den Wiederaufbau der durch den Krieg verheerten Städte und Dörfer in Nordfrankreich und Belgien zu wirken, daß dieser Wiederaufbau unter nächster Umsichtung kapitalistischer Uebergeordnetes hauptsächlich in Ausführung von Arbeitskräften und in Sachleistungen bestehen sollte, wozu die Verständigung zwischen deutschen und fran-

sösischen Bauarbeitern in Genf eine geeignete Grundlage darbot, daß aber darüber hinaus wirksam nur durch Bereitstellung von Mitteln geholfen werden könne, die aus einer großen internationalen Anleihe zu schöpfen seien. — Das Ergebnis dieser Beratungen gibt die nachstehende Entschliessung wieder: "Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß der Abbruch der Verhandlungen in London eine sehr kritische Situation geschaffen hat. Ueberzeugt von der Berechtigung der Wiedergutmachung sowie von der Tatsache, daß der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ein unbedingtes Erfordernis für das ökonomische Gleichgewicht Europas und für die Herstellung des wahren Friedens darstellt, erklärt er, daß diese Notwendigkeit nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller in Betracht kommenden Länder erzielt werden können. Daher kann der Internationale Gewerkschaftsbund es nicht gütigen, daß Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, welche diese Probleme nicht zu lösen vermögen.

Instatt die Sache der Wiedergutmachung zu fördern, verlängert die Aufbietung militärischer Gewalt nur die Periode der Unsicherheit und ermöglicht es der Reaktion und dem Militarismus, neue Kräfte zu sammeln, den Satz unter den Völkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln. Die Anwendung einer solchen Politik kann nur dazu führen, die Gefahren zu vervielfachen, die abzuwenden die Pflicht der Arbeiter aller Länder ist.

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß das Scheitern der Unterhandlungen in London das Werk der kapitalistischen Diplomatie ist, die, nachdem sie den Krieg provoziert hat, nicht imstande ist, den Frieden zu sichern, und erklärt, daß, im Gegensatz zu dieser Haltung, auf der Grundlage der Prinzipien, die auf dem Londoner Internationalen Gewerkschaftskongress festgelegt wurden, zwischen den verschiedenen Ländern Uebereinkommen abgeschlossen werden können, damit die verwüsteten Gebiete in möglichst kurzer Zeit neu aufgebaut und die materiellen und moralischen Spuren des Krieges endlich ausgeräumt werden. Er nimmt die von den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis, in denen der dringende Wunsch der deutschen Gewerkschaftsorganisationen ausgesprochen wurde, für den Wiederaufbau zu arbeiten. Er bekräftigt, daß das Genfer Uebereinkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden dieser Art als Grundlage zu dienen hat.

Um die Durchführungsmodalitäten dieses Uebereinkommens festzusetzen, wird eine spezielle Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus den beteiligten Ländern für den 31. März dieses Jahres nach Amsterdam einberufen werden. In dem Bestreben, den wüsten Frieden schnellstens wieder herzustellen, und angelehnt an die in der vorstehenden Erklärung der Sachverständigen beider Parteien schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund vor, daß eine unparteiische Enquete abgehalten werde, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern — nötigenfalls durch Schiedspruch — eine Uebereinkunft erzielt werden soll, sowohl was die wiedergutmachenden Schäden als auch was die Leistungsfähigkeit des Schuldnerlandes betrifft. Bis zu der endgültigen Regelung soll eine von leihgenannten Lande aufzunehmende internationale Anleihe die notwendigen Summen aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues ununterbrochen in Angriff genommen werden können.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß der Weltfrieden nicht von einer militärischen Zwangsmaßnahme abhängig gemacht werden darf. Er fordert daß man auf diese Gewaltmaßnahmen verzichte und daß endlich die internationale Solidarität zum Ausdruck gebracht werde, die allein die Verwirklichung einer Politik der Wiedergutmachungen ermöglichen und eine Würdigung bieten kann für den Frieden durch die Arbeit."

Die in der vorstehenden Resolution vorgesehene Zusammenkunft der Gewerkschaftsvertreter aus den beteiligten Ländern fand abermals in Amsterdam am 31. März und 1. April statt. Die einzelnen Landesorganisationen umschloßen besonders zahlreich aus dem Bau- und Bergbau. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund waren erschienen die Genossen Grammann (Bundesvorsitz), Paepelou (Bauarbeiter) und Biemann (Bergarbeiter). Vertreter waren durch 3 Delegierte erneut die Vereintwilligen der deutschen Arbeiterschaft zur Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Verwüstungen, wiederholte und spezifiziert die bereits gemachten Vorschläge, und schiederte dann eingehend die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die günstigen Aussichten einzelner deutscher Unternehmungen dürfen nicht zu Annahme verleiten, als habe sich unsere Wirtschaft wieder erholt. Im Gegenteil — ganze Industriezweige sind hoffnungslos dahin. Wenn in anderen Ländern die Arbeitslosigkeit höher liegt als bei uns, so übersteigt man die Millionen Kurzarbeiter. Bei den ungeheuren Gehalts-, Sach- und Rentenverlusten könne Deutschland neben Arbeits- und Sachleistungen große finanzielle Opfer nicht bringen. Der Wiederaufbau des zerstörten Lebens nicht dem Vorkriegszustand abhängig von dem Vertrag einer Anleihe, zu der die ganze Welt beizutreten mußte. Gegenüber dem Vorwurfe, die Deutschen überließen bei der Beurteilung des Deliktens zu sehr die psychologische Seite der Verwüstungen in Nordfrankreich und Belgien, wurde an Hand von Aufstellungen aus sachmännigen und amtlichen Material auf die Anerbietungen und bereits eingeleiteten Lieferungen Deutschlands verwiesen, die von der anderen Seite entweder gar nicht oder in ganz unzureichendem Maße angefordert worden seien. Die wiederholten Besprechungen Rouleux, des französischen Wiederaufbauministers, seien irrig und mit dem, was an amtlicher deutscher Stelle festgestellt worden sei, nicht vereinbar. Das einschlägige Material wurde zur Kenntnis gebracht. Nach eingehender Aussprache einigte sich die Konferenz auf nachfolgender Resolution: "Die am 31. März und 1. April in Amsterdam tagende Internationale Gewerkschaftskonferenz, die zum Zwecke der Prüfung der durch das Scheitern der Londoner diplomatischen Verhandlungen geschaffenen Situation einberufen wurde, bekräftigt die vom Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung vom 14. März angenommene Resolution; sie stellt den Forderungen der Regierungen fest, für das Problem der Wiedergutmachung eine ausschließlich finanzielle Lösung gesucht zu haben, die mit Rücksicht auf die Situation der Weltwirtschaft zu keinem Resultat führen

kann. Sie erklärt, daß angelehnt an die Politik der kapitalistischen Regierungen, dem durch den Krieg entstandenen Chaos zu entkommen, die internationale Solidarität der Arbeiter imstande sein muß, dem gestellten Problem eine Lösung zu geben und die Gewerkschaften ihre Macht aufzubieten sollen, um ihre Regierungen zu Verhandlungen und zur Verständigung zu zwingen. Sie erklärt, daß diese Lösung in einem freundschaftlichen Zusammenwirken der Völker gesucht werden und auf den baldigen Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Provinzen und die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft auf der Basis einer gegenseitigen internationalen Hilfe abzielen muß. Sie nimmt die bestimmte Erklärung der Vertreter der deutschen Gewerkschaftsorganisationen zur Kenntnis, wonach diese die Verpflichtung Deutschlands zur Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Verwüstungen anerkennen.

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt nach Kenntnisnahme dieser Feststellung, daß es Pflicht der Regierungen ist, Deutschland ohne Säumen in den Wiederaufbau aufzunehmen und die Errichtung eines Internationalen Reparationsinstituts zu beschließen, das mit dem Studium der technischen Organisation, der allgemeinen und finanziellen Verwaltung der Wiederaufbauarbeit zu betrauen ist.

Dieses Institut soll zusammengesetzt werden aus Vertretern der Arbeiterorganisationen und Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auch technischen und industriellen Vertretern und den offiziellen Vertretern der beteiligten Nationen. Die zu schaffenden Sektionen für "Technik", "Finanzen", "Arbeiterangelegenheiten" und "Materialien" würden gewissermaßen den Verwaltungsrat dieses Internationalen Instituts bilden.

Im die Arbeiten des Wiederaufbaues ins Werk zu setzen und ihre Fortsetzung zu sichern, sollen von dem genannten internationalen Institut unter Garantie des Wiederaufbaues internationale Anleihen ausgeben werden. Die Abtragung dieser Schuld einschließlich der Verzinsung ist durch Deutschland in Jahresraten zu bedienen. Die Arbeiter Deutschlands sollen darüber wachen, daß die hierfür nötigen Summen hauptsächlich von den Kapitalisten aufgebracht werden, die aus dem Kriege Nutzen gezogen haben.

Schließlich wird es, um diese Ziele zu erreichen, angezigt sein, daß die Arbeiterschaft in den beteiligten Ländern eine Kampagne führt, um ihre Regierungen zu veranlassen, die von der international organisierten Arbeiterklasse vorgeschlagenen Lösungen zu akzeptieren."

Nicht nur in Betracht, daß die Bedürfnisse der einzelnen vom Krieg betroffenen Länder zum Teil erheblich voneinander abweichen, und erwidert man, wie hoffnungslos der durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen hervorgerufene Zustand ist, so kann man angelehnt an die in der vorstehenden Entschliessung bekundete Auffassung zur Genehmigung empfinden über das Maß von Einsicht und Weisheit, das die Gewerkschaften der ehemals feindlicher Länder gegenüber den rüstigen Zukunftsaufgaben erkennen lassen. Unter Wille und Lastrahl werden der internationalen Arbeiterschaft solche Wucht verleihen, daß aller egoistischer Widerstand bezwungen sein und die Welt endlich zur Verständigung, zu wahren Frieden geführt wird.

### Zweite Deutsche Lehmbautagung.

Am 28. und 29. Januar hielt der Deutsche Ausschuss zur Förderung der Lehmbauweise unter Vorsitz von Regierungsbaurat Siegemann, Dresden, seine zweite Tagung abermals in Dresden unter Beteiligung von etwa 150 Vertretern aus allen Teilen Deutschlands ab. Es waren unter anderem erschienen Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung, des Reichspatentamtes, des Reichsamt für Arbeitsvermittlung, von Bremen, Sachsen, Württemberg, Mecklenburg, Schwaben und Groß-Hildingen, während Bayern und Baden zum ersten Schreiner gelangt hatten. Die ersten drei Redner (Regierungsbaurat Siegemann, Dresden, über die "Ergänzung des Lehmbaus im Jahre 1920", die Ministerialrat T. H. B. E. T. A. K. über "Auftrag im Lehmbau" und Stadtbaurat J. A. T. S. über "Die Einflüsse des Regens auf den Lehmbau"), sowie die anschließende lebhafte Aussprache gaben ein klares Bild über die großen Fortschritte, die bezüglich des Ausbaues dieser Technik im Jahre 1920 erreicht worden sind. Allein in Preußen sind gegenüber 100 Lehmbäusern im Jahre 1919 im Vorjahre 1600 Lehmbäuser mit 100 000 qm Wohnfläche errichtet worden. Wirklich schwere Schäden sind nur vereinzelt aufgetreten und konnten in jedem Fall auf technische Kunstfehler zurückgeführt werden. Dort, wo sachgemäß und vor allem unter Zuhilfenahme erfahrener Spezialisten gearbeitet wurde, sind selbst bei anhaltendem Regen erwünschten Schaden nicht aufgetreten. Dagegen konnte eine durchschnittliche Erparnis an Mauerwerk von 40 % festgestellt werden, die sich in einem Fall sogar bis auf 74 % steigerte.

Einen interessanten Vortrag lieferte Regierungsbaurmeister K. F. E. G. über den von ihm in großem Umfange ausgeführten "Lehmwellerbau" und die dabei einschaltete Selbsthilfe, bei der er trotz politischer Freibereitungen gute Erfolge erzielt hat. Als vierter Redner gab Professor Dr. G. H. E. Dresden, einen Ueberblick über die in Dresden nach dem Sontauer Vorbild veranstalteten Brandprobe am Lehmbau, die zu einem denkbar günstigen Resultat geführt hat. Beachtenswert waren die Angaben, daß der Herstellungskosten einschließlicher aller Materialkosten sich auf 35 bis 40 M. stellt und daß die Gutsahrt Feuerversicherung die Prämie auf 2 pro Tausend gegenüber 5 pro Tausend für das gewöhnliche Stroh- und 12 pro Tausend für das Strohgebäude festgelegt hat. Auch der Verband der Dachdecker hat auf seiner Tagung in Glauchau sich neuerdings für das Lehmbauwesen ausgesprochen. Die Versammlung beschloß einstimmig, an alle unabhängigen Regierungen mit der Bitte heranzutreten, nimmend um beschleunigte Herausgabe geeigneter Bestimmungen befragt zu sein, durch die das Lehmbauwesen in einer Verbreitung zum Lande gefördert wird. Als letzter Redner gab Direktor M. A. G. E. S. einen Ueberblick über die bisher abgehaltenen Lehmbautage und ihre außerordentliche Bedeutung für die weitere Entwicklung der Technik. Allein in Preußen sind im Vorjahre 42 Kurse veranstaltet worden. Nützlich waren auch die in Sachsen durchgeführten Kurse. Im Anschluß an den Vortrag wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, die die Regierungen zu bitten, auch in

diesem Jahre durch geeignete Kurse für die Ausbildung von Fachleuten besorgt zu sein.

Endlich beschäftigen sich die Tagung mit dem weiteren Ausbau des Deutschen Ausschusses zur Förderung der Wohnbauweise, nachdem in einer Sonderprüfung des Vorstands mit den Vertretern der Reichs- und Staatsregierungen das vom Vorort in Vorschlag gebrachte Organisationsprogramm bereits angenommen worden war. Der Ausschuss soll als loser Zusammenschluss aller beteiligten Behörden, ferner der Wohnungsfürsorgegesellschaften, Architektenschaft sowie des Unternehmens und der Industrie fortbestehen und zwar werden als Einzelpersonen nur solche Herren aufgenommen, die wirtschaftliche Erfahrungen auf dem Gebiete des Wohnbaus nachweisen können. (Anmerkung der Arbeiter als Praktikanten betrachten.) Freigewählte finanziellen Verpflichtungen sind mit der Mitgliedschaft nicht verbunden. Es wird jedoch angenommen, daß vor allem die Behörden und Organisationen, die unmittelbaren Nutzen aus der Arbeit des Ausschusses ziehen, diesen wie bisher freiwillig durch Beiträge unterstützen. Im übrigen sollen sich die Mitglieder lediglich verpflichten, ihrerseits dem Ausschuss Mitteilung über ihre Erfahrungen zu machen und vom Ausschuss herausgegebene Fragebogen beantwortet. Der Vorstand soll durch den Beitritt von Vertretern der Reichsregierung und der Regierungen der Angehörigen, soweit sie dem Vorstand noch nicht angehören, ergänzt werden. Neben dem Vorstand tritt künftig ein Aufsichtsausschuss von besonders erfahrenen Fachleuten, der die Sichtung und Bearbeitung des eingehenden Materials übernimmt, und dafür Sorge trägt, daß dieses in geeigneter Weise durch Veröffentlichungen der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird. Zum Vorort wurde wiederum Dresden, zum Vorsitzenden Regierungsbaumeister Elegenmann, gewählt, während die Landes-Zielungs-Gesellschaft, 'Erdhölzer Heim', Dresden, federführend die Geschäftsstelle übernimmt, mit der gleichzeitig eine allgemeine Aufsichtsstelle verbunden ist. Der Lehr- und Versuchsstelle für Naturbauweisen in Sorau wurde eine Preisarbeit angegliedert, der alle in den Tageszeitungen erscheinenden Artikel zur Beantwortung zugeleitet werden können und die andererseits für die sachgemäße Einführung Sorge zu tragen hat. Die Tagung lang aus in Erklärungen der Vertreter des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung und des Reichsarbeitsministeriums, die die geleistete Arbeit warm unterfanden und die Zustimmung geben, daß die Regierungen den Deutschen Ausschuss zur Förderung der Wohnbauweise bei seinen Bestrebungen tatkräftig unterstützen werde.

### Das deutsche Baugewerbe und der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Das deutsche Baugewerbe gehört zu den Wirtschaftszweigen, die durch den Krieg in besonders starkem Maße in Mitleidenenschaft gezogen wurden. Wie der Druck der Kriegsverhältnisse die gesamte Wirtschaftsentwicklung hemmte und in enorme Notlagen drängte, so wurde auch dem normalen Bauwirtschaftsleben drückend, und insgesamt führten die Kriegsvorkämpfe zu dem Zustand eines jahrelangen, fast vollständigen Baustillstandes der Bauwirtschaft. Was an Bauten entstanden, diente den Zwecken des Krieges, trug daher vielfach nur den Charakter des Notbaues und hatte mit dem Ende des Krieges eben keinen Zweck mehr. Der Baustillstand des Krieges ist die Katastrophe, und solches Häusergerümpel steht jetzt in Deutschland zum großen Teil leer herum.

Abgesehen von den direkten Hemmungen, die der Kriegszustand auf unsere Wirtschaftsverhältnisse ausübte, schloß es in den Kriegsjahren auch an einer Kontrolle, vor allem aber auch an jeder Voraussetzung in der Bevölkerungsentwicklung und so trat in der Bauwirtschaft eben jeder jahrelange Zustand des Stillstandes ein, dessen Folgen jetzt in so fühlbarer Weise in Erscheinung treten. Es ist nun äußerst bezeichnend für den abnormen Zustand unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage, daß auch jetzt, wo vielfache und dringende Notwendigkeiten für die Errichtung von Wohnbauten vorliegen, die Bauwirtschaft sich auch nicht entfernt in dem Umfang entwickeln kann, der dem Bedürfnis entspricht. Das kleinere gewordenen Deutschland ist überbevölkert und zahllose Menschen, deren Wohnungsverhältnisse nicht auf den Mangel an Verstand und allgemeinen Existenzmöglichkeiten zurückzuführen ist, leben in Wohnungsnot. Die Ursache für den vor dem Krieg nie ertragen hätte und die auch jetzt nur mit Mühe auf die tatkräftigste Unmöglichkeit der Wohnungsbeschaffung unter Resignation ertragen werden.

Erzobem also für eine stark erweiterte Bauwirtschaft vielfache zwingende Gründe vorliegen, verhindern eben andere, scheinbar nicht minder starke Gründe eine freie Entwicklung des Baugewerbes. Auf diese Ursachen und Hemmnisse soll hier nicht näher eingegangen werden; denn das hiesige das ganze gegenwärtige, im einzelnen und in seiner Gesamtheit so äußerst verworrene Wirtschaftsproblemaufzulösen. Jedenfalls besteht die Aufgabe, daß die Bauwirtschaft ihre eigentliche Aufgabe, den Menschen Wohnstätten zu errichten, nicht im untersten in dem Umfang erfüllen kann, als es im Bedürfnis liegt. Dieses Bedürfnis ist nicht nur in Deutschland, sondern insbesondere in den vom Krieg heimgekehrten Gebieten vorhanden. In Deutschland erklärt sich das gesteigerte Wohnungsbedürfnis aus dem jahrelangen Stillstand der Bauwirtschaft und aus der nach dem Krieg eingetretenen Ueberbevölkerung. Der Verlust, den wir durch die Zerstörung von Wohnstätten erlitten, beschränkt sich auf das ostpreussische Gebiet und ist, nach dem Maßstab des Krieges gemessen, verhältnismäßig gering. Zudem sind die zerstörten Gebäude zum größten Teil schon während des Krieges wieder aufgerichtet worden. Nordfrankreich aber, die eigentliche Stätte des Krieges, bietet ein Bild der Verwüstung. Von den Entente-Vertretern wird mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die dort von der deutschen Seeerleichterung angeordneten Zerstörungen weit über den Rahmen der militärischen Notwendigkeiten hinausgehen und dieser Umfang trägt wesentlich dazu bei, die Stimmung gegen uns weiterhin ungünstig zu beeinflussen. Diese Frage zu entscheiden, ist nicht unsere Aufgabe. Wir haben es lediglich mit der Tatsache zu tun, daß ein nordfranzösisches Kriegsgebiet ein Erdmühsfeld ist und daß bisher für den Wiederaufbau verhältnismäßig wenig geschehen, obgleich hierfür doch zwingende kulturelle und wirtschaftliche Gründe vorliegen. Andererseits stellt die Entente

Entschädigungsforderungen von so phantastischer Höhe an uns, daß ihre Erfüllung unmöglich ist. Wir haben nicht Geld genug und können auch nicht so viel Waren erzeugen, um den Anforderungen der Gegner zu genügen. Wo aber in starkem Grade eine Möglichkeit besteht, unsere Schuld durch Arbeitsleistung abzutragen, verfährt sich Frankreich, unter Hauptgläubiger, durchaus ablehnend. Gegen den deutschen Vorschlag, das zerstörte Nordfrankreich durch deutsche Arbeiter wieder aufzubauen, machen sich in Frankreich hartnäckig privatkapitalistische Widerstände geltend. Aber es kommt letzten Endes darauf an, festzustellen, wie sich die französische Regierung zu dieser Frage stellt. Es muß also in erster Linie auf sie, seitens der an dieser Angelegenheit interessierten Arbeiterklasse darauf hingewirkt werden, daß eine Erklärung der französischen Regierung abgegeben wird.

In der Sitzung vom 5. März dieses Jahres beschäftigte sich der Reichstag mit der Bonboner Konferenz, in der bis zu diesem Zeitpunkt noch keine endgültige Entscheidung festgelegt worden. Für das Baugewerbe von höchstem Interesse ist die Rede, die der Abgeordnete Müller-Frankfurt, der frühere Reichsanwalt, an diesem Tage hielt. Die Stelle, die sich auf die hier behandelte Frage bezieht, lautet nach dem Bericht der Tagespresse wie folgt:

Wir sind die im Krieg Unterlegenen und das scheinen viele Leute in Deutschland zu verstehen. Dieses Unterlegen hat gewisse Konsequenzen für uns, und wir, die größte Partei der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, haben immer betont, daß wir alles tun wollen, damit diese Frauen wieder hergestellt werden, an denen der Haß Europas sich immer wieder von neuem entzünden wird, so lange sie bestehen. Es gibt sehr viele Mitglieder von Entente-Kommissionen aller Art in Deutschland. Es wäre einmal ganz angebracht, einige dieser Mitglieder nach dem wieder aufgehauenen Nippen zu führen, um ihnen zu zeigen, was deutsche Leutzug während des Krieges in verhältnismäßig kurzer Zeit geleistet hat, und wenn wir weiter namentlich in Nordfrankreich weiter wollen unter voller Berücksichtigung der Wünsche, die die Bevölkerung dort hat, und in gemeinsamer Arbeit freier deutscher und französischer Arbeiter, Angestellten und Architekten, so wird das ein Werk der Verjährung werden, das seine Früchte in Europa tragen wird. Ich weiß, daß es in Frankreich Leute gibt, die das nicht wollen, Kriegsgewinnler, die die Gewinnmächten, die sie während des Krieges gehabt haben, auch über die Kriegszeit hinaus haben wollen. Aber wir wissen doch auch, daß diese Kriegsgewinnler dort drüben ebenjenseits die Liebhaber des Volkes sind wie bei uns. Auf die kommt es nicht an. Es kommt in erster Linie auf die Masse der Geschädigten und insbesondere auf die Arbeitermassen an, insbesondere auf die organisierten deutschen Arbeiter, die sich immer und immer wieder bemüht haben, in Kontakt mit den französischen Arbeitern zu kommen, um ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm zustande zu bringen. Ich möchte da auf die Tatsache aufmerksam machen, die in den weitesten Kreisen Europas unbekannt zu sein scheint: Bis zum 17. Februar haben in Genf, unter Vermittlung des französischen Alfred Thomas, des Direktors des Arbeitsdepartements im Völkerbund, Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Bauarbeiterorganisation wegen des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs stattgefunden. Es liegt mir eine am 17. Februar gefasste gemeinsame Entscheidung vor: „Die Organisationen der Bauarbeiter Frankreichs und Deutschlands haben den Wunsch, an den Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs gemeinsam mitzuarbeiten. Sie erwarten, daß diese Arbeiten ununterbrochen wieder aufgenommen werden. Zu diesem Zweck schlagen sie der französischen und der deutschen Regierung vor, unter eigener Kontrolle eine Arbeits- und Produktionsorganisation zu schaffen, die die Ausführung der Arbeiten übernehmen könnte. Sie wünschen dadurch zu vermeiden, daß die Wiedergutmachung der erfolgten Schäden eine Quelle unberechtigter Gewinne werden kann.“

Ich glaube, es ist Aufgabe der europäischen Regierungen, auf diese Entscheidung Rücksicht zu nehmen. Sie scheint aber dem hohen Rate der Entente unbekannt zu sein, sonst wäre es unbegreiflich, warum dieser Versuch der Anbahnung einer praktischen Lösung dieses an sich gewiß schwierigen Problems nicht im Vordergrund der Erörterung steht. Man müßte auch wünschen und verlangen, daß die deutsche Regierung in jeder Weise diese Bestrebungen fördert, Bestrebungen, bei denen die organisierte Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt als ein wichtiger Garant des Aufbaues wirken würde.

Diese Rede verdient die ernsteste Beachtung seitens des deutschen Baugewerbes. Im Hinblick auf die großen Interessen, die hier für alle Bauhandwerker und für die mit ihnen im Zusammenhang stehenden Berufe in Frage kommen, ist es notwendig, daß es in dieser Angelegenheit einmal zu einer Entscheidung kommt. Frankreichs Allgemeininteresse an dem Wiederaufbau ist entschieden wichtiger, als die Verschleppungsgründe französischer Spekulanten. Und dem deutschen Baugewerbe, das in eigenen Lande daniiederliegt, wäre hier die Gelegenheit zu einer großzügigen Tätigkeit gegeben, die zahlreichen Arbeitern Verdienstmöglichkeiten bietet und der Kultur und Völkerverständigung dienen würde. Ernst Schmidt.

### Die Schlichtungsordnung.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: „Der Entwurf einer Schlichtungsordnung ist nunmehr nach Zustimmung des Reichskabinetts dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung gegangen. Der neue Entwurf weicht gegenüber dem früher veröffentlichten Referentenentwurf erhebliche Abänderungen auf, die im wesentlichen auf seiner Durchberatung mit einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kommission beruhen. Er ist in der folgenden Erscheinenden Nr. 12 des Reichsarbeitsblattes abgedruckt.“

Der Entwurf sucht die Schlichtungsbehörden für ihre eigentliche Aufgabe, die Schlichtung von Gesamtstreitigkeiten, freizumachen; die ihnen bisher in einzelnen Fällen übertragenen Zuständigkeiten in Einzelstreitigkeiten soll nur noch so lange bestehen bleiben, bis geeignete Stellen zur Entschlei-

dung dieser Streitigkeiten (Arbeitsgerichte) geschaffen sind. Das tarifliche Schlichtungsverfahren ist noch mehr als früher in den Vordergrund gerückt und soll durch unentgeltliche Überlassung von Verhandlungsräumen, Vorarbeiten und Bureauapparat der Schlichtungsbehörden nach Möglichkeit gefördert werden. Die Schlichtungsbehörden sollen nur dann in Tätigkeit treten dürfen, wenn eine vereinbarte Schlichtungsstelle fehlt oder das Verfahren vor ihr zu keinem Ergebnis geführt hat. Bei dem Aufbau der Schlichtungsbehörden ist den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Gewerbe- und Berufsgruppen in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Der Entwurf sieht Einigungsämter, Landeseinigungsämter und — an Stelle der bisherigen Schlichtungsämter des Reichsarbeitsministeriums — ein selbständiges Reichseinigungsamt vor, die je nach dem Umfang der Streitigkeit für die Schlichtung zuständig sind. Wie der frühere Entwurf enthält auch der neue die ausdrückliche Verpflichtung, vor Beginn von Kampfmaßnahmen, namentlich von Streiks und Ausperrungen, das Schlichtungsverfahren einzuleiten und durchzuführen. Den gemeinnützigen Betrieben ist in dem Entwurf mit Rücksicht auf ihre besondere Bedeutung für die Allgemeinheit eine gewisse Sonderstellung eingeräumt. Von der Aufnahme von Streik- und Zwangsmaßnahmen zur Sicherung der Ausrüstung und der ungehinderter Durchführung des Schlichtungsverfahrens steht der Entwurf im Gegensatz zu dem früheren Referentenentwurf ab, da sich unbeschäftigte Arbeiter bei Massendemonstrationen überaus unübersichtliche erweisen haben. Ein Rechtsmittel ist nur die Revision gegen Schlichtungsprüfungen vorgesehen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverletzungen gestützt werden kann. Die in der Demobilisierungseingeführte Einrichtung der Verbindlichkeitsklärung von Schlichtungsprüfungen ist beibehalten; die Voraussetzungen, unter denen sie erfolgen kann, sind jedoch wesentlich eingeschränkt. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung soll auch nicht wie bisher durch die Verwaltungsbehörden, sondern durch die Schlichtungsbehörden selbst unter Beteiligung von Vertretern der Wirtschaftskreise erfolgen.“

### Ein ungeheuerliches Fehlurteil des Frankfurter Schlichtungsausschusses.

Der Frankfurter Schlichtungsausschuss hat am 31. März 1921 einen Schiedsspruch gefällt, der wohl zu dem ungeheuerlichsten zählt, was bisher auf dem Gebiet der Schiedsprüche geurteilt worden ist. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der Dachdeckerverband Frankfurt a. M. hat die Affordarbeit tarifvertraglich verboten; der Tarifvertrag ist für Hessen-Massau rechtsverbindlich erklärt worden. Die Firma Ruberoideverke-Miengesellschaft verfuhr nun mit allen möglichen Schikanen und auf den verschiedensten Umwegen die Affordarbeit doch für ihren Betrieb einzuführen. Da alles nichts half und die Arbeiter doch fest blieben, suchte sie folgenden Ausweg: Sie entließ einfach die Leute in ihrer Eigenschaft als Arbeiter, stellte ihnen aber anheim, selbständige Unternehmer zu werden. In diesem Fall will die Gesellschaft sie im Frankfurter Geschäft gnädig weiterbeschäftigen, natürlich als „Meister“, wo sie dann alle sozialen und sonstigen Pflichten zu übernehmen hätten und nur so lange beschäftigt würden, wie gerade dringende Arbeiten vorhanden sind, dann aber immer auf die Straße schicken und schutz- und rechtslos dastünden, da sie auch in solchen Fällen keine Arbeitslosenunterstützung bekommen. Als Beweis drucken wir das Schreiben ab, das den Arbeitern zuging:

Wir teilen Ihnen im Auftrage der Ruberoideverke, Miengesellschaft Hamburg, mit, daß vom 14. März dieses Jahres an nur noch Arbeiten an Leute, die als selbständige Unternehmer arbeiten, vergeben werden sollen. Aus diesem Grunde wird das Verhältnis zwischen der Ruberoideverke-Miengesellschaft Hamburg und Ihren Arbeiten hierdurch aufgehoben. Sie sind also von diesem Tage an aus dem Dienste der Ruberoideverke, Miengesellschaft Hamburg, entlassen.

Selbstverständlich steht es Ihnen frei, sich um die Arbeiten, die wir von diesem Tage an zu vergeben haben, als Kleinmeister zu bewerben, und werden wir Ihnen abdann die in Betracht kommenden Sätze bekanntgeben.

Der Dachdecker Du. war mit dieser Regelung nicht einverstanden; er suchte sich als zu Unrecht entlassen; denn diese Maßnahme geradezu ein Hoß auf alles, was Arbeiterrecht genannt werden kann. Er beantragte, die Firma zu seiner Wiedereinstellung zu verurteilen, und Schadenersatz auf Grund des Betriebsratsgesetzes. Der Schiedspruch lautet:

„Der Einspruch des Klägers gegen seine Kündigung wird abgewiesen.“ Begründung: Der Kläger war bei der Filiale der Ruberoideverke-Miengesellschaft, hier, Windestraße 19, als Dachdecker beschäftigt. Vorher ihm beschäftigte die Firma noch drei andere Arbeiter. Letztere haben sich mit dem Vorschlag der Firma, als selbständige Unternehmer für sie zu arbeiten, einverstanden erklärt, so daß der Kläger nur noch als einziger Arbeiter beschäftigt war. Der Kläger hat selbst erklärt, daß er noch der einzige Arbeiter in der Firma sei. Nach den unbestritten geliebten Angaben des Vertreters der Beklagten werden auch in Zukunft von ihr keine Arbeiter mehr beschäftigt. Am 14. März ist dem Kläger wegen Arbeitsmangels von den Beklagten gekündigt worden. Der Kläger kann sich daher bei seinem Einspruch nur auf § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 stützen. Eine Verletzung des § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 liegt aber seitens der Beklagten in vorliegendem Falle nicht vor, da der Kläger nur noch der einzige Arbeiter war, und somit eine Arbeitsfreisetzung im Sinne des § 12 der genannten Verordnung nicht in Frage kommt. Demgemäß war der Einspruch des Klägers gegen seine Kündigung zurückzuweisen.“

Gegen diesen Schiedsspruch ist sofort Einspruch erhoben worden. Wenn das, was hier vom Schlichtungsausschuss begünstigt wird, dem Unternehmens zugestanden wird, dann sind die Arbeiter vogelfrei. Es braucht nur irgendein Unternehmer, der sich vom Tarifvertrag aussetzen möchte, seine Leute als selbständige Arbeiter und Meister zu erklären und er hat dem Gesetz und Recht ein Schnippchen geschlagen. Der Schlichtungsausschuss hätte doch prüfen müssen, ob es sich hier nicht um einen ganz groben Schnapphandel, lediglich im Werk gesetzt, um die Arbeiter auf diese Weise um ihre sozialen Rechte zu bringen und für das Unternehmensum den Tarif-

vertrag auszusprechen. Man hätte leicht feststellen können, daß die als selbständige Meister erklärten Arbeiter weder Betriebskapital noch Betriebsmittel haben, noch überhaupt Arbeit im Sinne des Gesetzes sind, sondern daß lediglich durch eine große hinterlistige Schiebung die Arbeiter zu „Unternehmern“ gemacht worden sind.

Daß sich einige gesinnungslose Menschen den Unternehmern zu solchen Zwecken zur Verfügung stellen, darf für den Schlichtungsausschuß kein Grund sein, diese Maßnahmen zu billigen. Es muß Vorrang getroffen werden, daß derartige Dinge nicht mehr vorkommen, weil sonst die Arbeiter jeden Rechtsboden unter den Füßen verlieren. Wir wenden uns mit dieser Sache an die Öffentlichkeit, weil sie unseres Erachtens wichtig genug ist, daß sich die Öffentlichkeit damit beschäftigt, weil hier vom Schlichtungsausschuß Frankfurt a. M. ein Urteil gefällt worden ist, das den schärfsten Widerspruch der gesamten Arbeiterschaft herausfordern muß.

### Volkswirtschaftliche Schlaueheit.

Der Bezirksverein Chemnitz wurde vom Verbandsvorstand aufgelöst, und jene Kollegen, die gewillt sind, ihre gewerkschaftliche Tätigkeit entsprechend den Verbandsbestimmungen und Verbandsbestimmungen einzutreten, ersucht, sich an einer bestimmten Stelle neu in die Mitgliederliste einzutragen zu lassen. Mit dieser Maßnahme ist jede Verbindung mit dem im Chemnitzer Verein bis dahin herrschenden Volkswirtschaften abgebrochen. Sie empfangen vom Verband nichts mehr, und die noch in ihrem Besitz befindlichen Verbandsunterlagen haben sie zu unretten. Inzwischen möchte in Chemnitz die Zahl der Kollegen, die den volkswirtschaftlichen Ansinnen nicht mitmachen wollen, von Tag zu Tag so daß wir in absehbarer Zeit wieder einen lebensfähigen Verein haben werden, dessen Grundlage die Lebensfähigkeit ist. Das gefallt natürlich den Volkswirtschaften überhaupt gar nicht. Die machen darum die verzeuerten Mitteilungen, um die betörten Chemnitzer Bauarbeiter bei sich festzuhalten. Einen ganz besonders „schlau“ Trick üben sie damit aus, daß sie in Flugblättern und Veranlassungen reden erklären, sie seien nach wie vor der Deutsche Bauarbeiterverband. Sie sind auch geistig unfähig, die Biederlichkeit ihres Verfalls zu erkennen. Es leuchtet ihnen nicht ein, daß mit dem gleichen Recht wie sie auch jedes ausgegliederte Mitglied erklären könnte: „Ich bin der Deutsche Bauarbeiterverband.“ Dann hätten wir also einige tausend Verbände. Da nun die Chemnitzer Volkswirtschaften vom Verband einzelner Bezirke oder sonstiges Material erhält, so ist sie „gezwungen“, neue Vertragsmarken drucken zu lassen. Soweit diese Marken denen unseres Verbandes nachgeahmt sind, handelt es sich um eine Urkundenfälschung. Aber Leute, die sich einen Stolz zum General erkoren, werden auch vor einer Fälschung nicht zurückzucken.

In den Flugblättern wird auch behauptet, daß der Verbandsvorstand den Chemnitzer Verbandsmitgliedern das Mitbestimmungsrecht geraubt habe. Von Mitgliedern einer Partei, die innerhalb dieser überhaupt kein Recht als das des Vertragszählens und des unbedingten Gehorsams gegen die Vorgesetzten haben, einer Partei, in der Vorstandsmitglieder, Funktionäre und Parlamentsmitglieder durch eine Sandbewegung von oben abgesetzt und eingekerkert werden, einer Partei, in der die „Masse“ wirklich nur Masse ist, die man je nachdem als Annoncenrührer oder als Stimmvieh kommandiert, ist ein bezerrigter Vorwurf absurd, heuchlerisch, verlogen. Wer in Wirklichkeit den Mitgliedern das Mitbestimmungsrecht raubte, das haben wir in Nr. 15 an Hand der Chemnitzer „Nichtlinien für Baubelegierte“ gezeigt.

Der Verbandsvorstand hat in Chemnitz Kollegen bestellt. Die dort vorläufig die Verbandsgeschäfte führen. Von den Bauarbeitern der Volkswirtschaften wird nun behauptet, einer von diesen Kollegen sei früher Streikbrecher gewesen. Ein Name wird jedoch nicht genannt, so daß der Verdächtigung dauernd Spielraum bleibt. Aber jetzt wann sind denn gerade die Volkswirtschaften berechtigt, sich über den möglicherweise begangenen Streikbruch eines einzelnen moralisch zu entrüsten? Sie zählen doch heute ehemalige Gelde in ganz besonders großer Zahl zu ihren Angehörigen. Wenn uns die Waise bleibt zwischen einem Arbeiter, der ehemals aus Irrtum oder Unkenntnis fündig, und einem Gelben, der betruht Massenverrat um eines kleinen, persönlichen Vorteils willen verübt, so ziehen wir den ersten vor. Die Volkswirtschaften süßen sich aber gerade in jenen Gebenden, in denen sich in den letzten Wochen blutige Kämpfe abspielten, auf ehemalige Gelde. Schreiber dieser Zeilen hatte einstmals Gelegenheit, im Mansfelder Kreis zu arbeiten. Nur wenige Wochen; dann mußte er das Feld räumen, weil ihn seine Arbeitsgenossen durch jedes erdenkliche Mittel zwingen wollten, dem „reichstrunkenen Berg- und Hüttenarbeiterverein“ beizutreten. Heute sind diese Kanakeln größtenteils Volkswirtschaften. Der Verdacht ist allerdings logisch. Früher hofften sie durch erbärmlichste Schmaroterei von den Kapitalisten Vorteile für sich herauszuholen, ohne persönliche Opfer zu bringen. Heute versprechen ihnen die Volkswirtschaften ein Schlaraffenleben, wenn sie sich der kleinen Waise unterziehen, dem Herrn, vor dem sie jetzt schweißgebadeten, die Kniee durchzubehlen.

Seit wann sind gerade die Volkswirtschaften berechtigt, aus dem Vorleben eines Mannes Verdächtigungen für die Jetztzeit zu münzen? Mancher ehemalige Streikbrecher hat später in treuer Gewerkschaftsarbeit die einmalige Sünde wider den Geist der Solidarität wieder gut gemacht. Mancher aber, der heute in den Reihen der Volkswirtschaften eine Zückerrolle spielt, hat Urfaade, den Schleiter von gewissen Taten in der Vergangenheit nicht zu lästern. Wir haben keine Freude daran, hier die unzweine Wägen uns bekannter Volkswirtschaften vorzuzeigen. Wenn es aber von jener Seite durchaus gewünscht wird, so müssen wir uns auch dazu verstehen. Vorläufig können wir ihnen nur raten, an den alten Satz zu denken: Wer im Glaszahn sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

### Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Feststellungsergebnis vom 4. April.

Der langsame Rückgang der Arbeitslosigkeit hält an. Im Verhältnis zum Mitgliederhundert ist seit dem letzten Jahrtage die Arbeitslosenanzahl von 8,19 auf 6,90 zurückgegangen. Hieran sind fast alle Bezirke beteiligt. Während

für den Bezirk Karlsruhe die Ziffer die gleiche blieb und für Dortmund sich diese von 0,1 auf 0,2 erhöhte, hatte sich die Magdeburger Ziffer verdoppelt. Wohl eine Folge des letzten Einkaufes. Gleichwohl beträgt das Hundertverhältnis dort nur 1,4. Im Bezirk Königsberg ist die Arbeitslosigkeit noch immer am nächsten. Eine Besserung ist aber auch hier eingetreten. Im Verhältnis zum Mitgliederhundert ist dort in der abgelaufenen Woche die Arbeitslosigkeit von 20,4 auf 23,7 gestiegen. Bezirke mit mehr als einem Zehntel arbeitsloser Kollegen sind nächst Königsberg Danzig mit 17,0, Stuttgart mit 16,0, Leipzig mit 12,2, Nürnberg mit 11,7, Dresden mit 11,1 und Berlin mit 10,2 Mitgliederhundert. — Auf je 100 Mitglieder kamen 3,04 unterstützte Arbeitslose, in der Vorwoche 4,04.

| Bezirk     | insgesamt | zahl der Bezirke | zahl der arbeitslosen Mitglieder | in den verbleibenden Bezirken | in den berichtenden Bezirken waren am Feststellungstage arbeitslos |               |              |          |           |           |                |           |      |   |   |   |     |      |     |
|------------|-----------|------------------|----------------------------------|-------------------------------|--|---------------|--------------|----------|-----------|-----------|----------------|-----------|------|---|---|---|-----|------|-----|
|            |           |                  |                                  |                               | Wauer  | Hilfsarbeiter | Werkengruppe | Straßbau | Bauführer | Polsterer | Grabenarbeiter | Insgesamt |      |   |   |   |     |      |     |
| Königsberg | 16        | 16               | 16134                            | 1539                          | 1519   | 1504          | 17           | 9        | 3         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | 781 | 3826 |     |
| Danzig     | 1         | 1                | 3076                             | 204                           | 72   | 176           | —            | —        | —         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | —   | 273  | 524 |
| Stettin    | 87        | 87               | 12107                            | 362                           | 324  | 185           | —            | —        | —         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | —   | 299  | 708 |
| Breslau    | 56        | 56               | 33281                            | 1699                          | 1425   | 916           | 19           | 8        | 6         | 6         | 6              | 184       | 2564 | — | — | — | —   | —    | —   |
| Berlin     | 73        | 73               | 47488                            | 1689                          | 1741   | 2438          | 89           | 216      | 4         | 3         | 6              | 68        | 4559 | — | — | — | —   | —    | —   |
| Magdeburg  | 55        | 55               | 28606                            | 162                           | 237  | 154           | —            | —        | —         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Erurt.     | 49        | 49               | 16451                            | 299                           | 191  | 265           | 2            | —        | —         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Frankfurt  | 17        | 17               | 33899                            | 1511                          | 617  | 1066          | 16           | 16       | 9         | 4         | 306            | 2054      | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Lein.      | 15        | 15               | 35949                            | 676                           | 154  | 541           | 37           | 29       | 7         | 2         | 406            | 1176      | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Dortmund   | 15        | 15               | 32681                            | 18                            | 9  | 36            | 1            | —        | —         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Hannover   | 49        | 49               | 22443                            | 67                            | 45   | 44            | 3            | —        | —         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Bremen     | 30        | 30               | 13154                            | 301                           | 140  | 206           | —            | —        | —         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Hamburg    | 73        | 73               | 23967                            | 637                           | 787  | 374           | 50           | 17       | 4         | 1         | 324            | 1557      | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Köln       | 59        | 59               | 6289                             | 116                           | 116  | 50            | —            | —        | —         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Dresden    | 14        | 14               | 20827                            | 1071                          | 754  | 1443          | 13           | 4        | 8         | 2         | 98             | 2322      | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Leipzig    | 61        | 61               | 31730                            | 1271                          | 1091   | 973           | 44           | 16       | 7         | 7         | 1723           | 3861      | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Nürnberg   | 21        | 21               | 20800                            | 1287                          | 451  | 1452          | 5            | 97       | —         | —         | —              | —         | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| München    | 32        | 32               | 27414                            | 482                           | 372  | 1038          | 11           | 39       | 12        | 6         | 88             | 1566      | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Stuttgart  | 19        | 19               | 16602                            | 656                           | 478  | 1395          | 20           | 263      | 12        | 2         | 486            | 1661      | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Karlsruhe  | 12        | 12               | 26374                            | 348                           | 126  | 413           | 14           | 25       | 1         | 1         | 43             | 623       | —    | — | — | — | —   | —    | —   |
| Zusammen   | 754       | 754              | 466527                           | 14225                         | 10537  | 14689         | 341          | 760      | 76        | 35        | 5754           | 32192     | —    | — | — | — | —   | —    | —   |

### Berichte.

#### Konferenz des Bezirks Köln.

Der Bezirk hielt am 10. April seinen Bezirkstag ab. Anwesend waren 76 Delegierte aus 15 Vereinen, ferner der gesamte Bezirksauschuß und als Vertreter des Verbandsvorstandes Kollege Odenthal. Kollege Muth eröffnete die Konferenz: die Tagesordnung war: 1. Geschäftsbericht, 2. Tarif- und Lohnpolitik, 3. Sozialisierung, 4. Wahl des Bezirksauschusses, 5. Anträge.

Zum ersten Punkt führte der Kollege Ahrens aus, daß die Bautätigkeit in der ersten Hälfte des verfloßenen Jahres gut, in der zweiten Hälfte mäßig gewesen sei, so daß die Arbeitslosigkeit gering war. Die gute Konjunktur wurde wesentlich durch die vielen Bauten getrieben, die zur Unterbringung der Weichungsgruppen ausgeführt wurden mußten. Die Arbeitslosigkeit im Tiefbauwesen ist etwas zurückgegangen. Streikentfaltungen entstanden mehrmals bei den sogenannten Volkswirtschaften, die aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeführt wurden. Redner sprach die Hoffnung aus, daß bald eine generelle Regelung in der Weise geschieht, daß auch für diese Arbeiter der veraltete Lohn und der volle Arbeitstag gilt. Zur genaueren Verteilung der Bautätigkeit im Bezirk empfahl Kollege Ahrens den Delegierten, Sorge für die notwendigen statistischen Unterlagen zu tragen. Die Mitgliederzahl hatte im vergangenen Jahre eine weitere Steigerung um 3845 erfahren und betrug am Schlusse des Jahres 36107. Frage führte Ahrens darüber, daß einige Bezirksvereine ihre Lohnbewegung gar nicht, oder aber zu spät der Bezirksteilung gemeldet haben. Er wies die Kollegen auf die Nachteile dieser Handlungsweise hin, die in der Nichtbilligung der Streikunterstützung durch den Verbandsvorstand bestünde und ermahnte die Anwesenden eindringlich, alle Bewegungen ausführlich und früh genug der Bezirksteilung zu melden. Sodann freiließ er die verfloßenen Leistungsbestimmungen innerhalb unseres Verbandes, die er aber zur Benützung aller Anwesenden als erfolglos bezeichnen kann.

Auch zum zweiten Punkt der Tagesordnung redete Kollege Ahrens. Er wies auf die großen Mühen und harten Kämpfe hin, die geführt werden mußten, um den Vertrag auf seine heutige Höhe zu bringen. Er bat die Kollegen, dies immer zu beherzigen und für die restlose Durchführung Sorge zu tragen. Sodann sprach er über den Rahmenvertrag und hob seine Verbesserungen gegen früher hervor. Er verurteilte aber in scharfen Worten den offensichtlichen Widerstand der Unternehmer in der Durchführung der Ferienfrage. Die Ferienfrage dürfe nicht dauernd in den Streit um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einbezogen werden, sie müsse baldigt geregelt und ganz unabhängig vom Vertragsgehalt behandelt werden, weil sie ein logisches Recht sei, auf das heute alle Arbeiter Anspruch haben. Leider sei es aber bis jetzt den mitarbeitenden Führer fürerlicher Arbeit beschäftigten Bauarbeitern verwehrt worden. Auch die Marktläufer der Unternehmer in dem Streit über die Verbindlichkeitsklärung der Tarifverträge über die Worte „Einigung“ oder „Entscheidung“ im Vertragsgehalt wurde scharf verurteilt. Ob föhlich oder bezüglich verhandelt werde, werde nach Lage der Sache zu beurteilen sein. Die Lohnfestsetzung nach Lohngruppen in anderen Bezirken habe auch dort die Mitglieder nicht befriedigt und sei deshalb nicht zu empfehlen. Wünschig der Differenz zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter müsse alles darangesetzt werden, daß diese nicht größer werde. Sodann sprach Kollege Ahrens über die Durchführung des durch das Bezirkskollegium gefällten Schiedspruches von 40 3/4 Stunde für ungen. Der Lohn mußte in den Städten Düsseldorf und Bremen durch Streiks erkämpft werden und ist, bis auf einige Tiefbauern, nun von allen Unternehmern anerkannt. Aber auch bei den Tiefbauern

joll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht werden, den Spruch durchzuführen.

In der U s p r a c h e, an der Vertreter von Crefeld, Esfeld, Köln, Düsseldorf, München-Gladbach, Trier und Solingen teilnahmen, kam allgemein zum Ausdruck, daß man die Ferienangelegenheit unter allen Umständen geregelt wissen will. Auch in der Befristungsfrage müsse eine baldige Regelung erfolgen. Die Vorkarbeit müsse unter allen Umständen vermieden werden. Die Kollegen im Tiefbauwesen fordern, daß mit aller Kraft den Unternehmern im Tiefbauwesen zu Weibe gegangen wird, um dem Schiedspruch restlose Anerkennung zu verschaffen. Kollege Odenthal legte darauf in eingehender Weise den Standpunkt des Verbandsvorstandes in allen angeregten Fragen dar. Ahrens betonte in seinem Schlußwort, daß der Bezirksauschuß alles veranlassen werde, was in seiner Macht steht, um Verbesserungen der Löhne und Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Muth. In ausführlicher Weise legte er die Notwendigkeit der praktischen Arbeit bei der Sozialisierung des Baugewerbes dar. Das beste Mittel ist nach seiner Meinung zurzeit die Gründung von Produktivgenossenschaften, um auf diese Weise die Preise im Baugewerbe in vernünftiger Höhe zu halten, wodurch der Allgemeinheit, die die Liebererzeugungszufüsse aufzubringen habe, große Summen gespart würden. Auch würde heute schon eine große Zahl von Kollegen der Ausbeutung durch die Unternehmer entzogen. Diese arbeiteten in ihrem eigenen Betriebe und hätten somit Gelegenheit, sich zu schulden, um demselben die Betriebe ohne Störung der Produktion restlos selbst in die Hand zu nehmen. Als gutes Beispiel wies er auf unsere Produktivgenossenschaft „Grundstein“ hin, die in kaum einjährigem Bestehen sich zum größten Baugeschäft von Köln und auch wohl zur größten Genossenschaft Deutschlands entwickelt habe. Zeitweilig habe sie 500 Kollegen beschäftigt können. Für viele Millionen Mark Arbeit könnte die Genossenschaft „Grundstein“ noch ausrichten, wenn sie genügend Betriebskapital hätte. Aus diesem Grunde appelliert er an die Anwesenden, sich recht eifrig bei der Gründung des Bezirksverbandes sozialer Baubetriebe zu beteiligen und sich zur besseren Finanzierung der Produktivgenossenschaften in den Bezirken von Schülern und Schulbüchern zu setzen. Auf diese Weise müsse es gelingen, die Produktivgenossenschaften so kapitalstark und leistungsstark zu machen, daß sie nicht nur dem selben schlagen könnte, sondern diese ganz aus der Hand der Profis und um so das gesamte Baugewerbe in die Hände der Profis und Sanitärarbeiter des Gewerbes zu bringen. — In der U s p r a c h e legten auch 2 Kollegen, welche praktischer Sozialisierungsarbeit ihren Standpunkt dar; die große Mehrheit der Delegierten stimmten jedoch den Ansichten des Kollegen Muth bei.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung gab der Kollege Merten bekannt, daß der bisherige Bezirkstag, Kollege Muth, von seinem Posten zurücktrat, als er Geschäftsführer der Produktivgenossenschaft „Grundstein“ seine Arbeitstätigkeit in erster Linie der Sozialisierung des Baugewerbes zu widmen. Im Namen des Bezirksauschusses hob der Redner die großen Verdienste des Kollegen Muth in seiner zwanzigjährigen Tätigkeit als Bezirksleiter und Mitarbeiter im Gesamtverband hervor. Als neuer Bezirksleiter wurde Kollege Ahrens, und als sein Mitarbeiter Kollege G e o r g F r ö h l i c h gewählt. Alle übrigen Mitglieder des Bezirksauschusses, unter denen sich auch der alte Bezirksleiter befand, wurden ebenfalls einstimmig wiedergewählt. Nachdem noch einige Anträge zur Zufriedenheit der Antragsteller erledigt waren, schloß Kollege Muth die gut verlaufene Konferenz mit der Aufforderung an die Kollegen, auch in kommender Zeit im Interesse der Organisation zu arbeiten.

#### Werkstoff.

Am 26. März fand hier eine Versammlung statt, um den Zustand der in Kaufe des Tages stattgefundenen Verhandlung mit den Unternehmern Stellung zu nehmen. Aus dem Bericht des Kollegen M o l l e r vom Bezirksauschuß ging hervor, daß die Forderung nicht voll befriedigt wurde. Der Sprung von 3,55 M auf 5 M ist sehr groß, die frühere Organisationslosigkeit der Kollegen rächte sich sehr, so daß im Wesentlicher Lognhobten der Stundenlohn im Verhältnis zu den umliegenden Lognhobten niedrig ist. Nach den Vereinbarungen soll nun vom 2. April an der Stundenlohn für Maurer 4,50 M, für Hilfsarbeiter 3,50 M betragen, das bedeutet eine Erhöhung für Maurer um 95 %, für Hilfsarbeiter um 75 %. Ferner wird ein Vertrag abgeschlossen, in dem auch die Zuschläge festgelegt sind. Mit Recht sagt Moller, daß er die Kollegen nicht bitte, das Angebot anzunehmen, aber ein Grund sei, daß sie sich nicht scheuen können und der nur auf Grund der Organisationsungehörigkeit ohne Kampf erreicht sei. Trotzdem die Kollegen nicht voll befriedigt sind, nahmen sie dieses Angebot einstimmig an, mit dem Vorbehalt, daß die Monatsveranlassungen, die jeden ersten Sonntag im Monat stattfinden, zu besuchen, damit wir uns gemeinsam in die Organisationsbestrebungen und -aufgaben vertiefen können.

#### München-Gladbach.

Der Kollege August M o l l e r aus Hamburg, Buch Nr. 13 020, arbeitete in Gladbach auf der Baustelle des Unternehmers Böcker in Afford. Dies rügte in der letzten Mitgliederversammlung unser Kollege Johann Müller, Baubelegierter einer benachbarten Baustelle. Am anderen Morgen wurde Müller von Moll täflich bedroht, und es ist nur dem vernünftigen Eingreifen des Böckers zu verdanken, daß es nicht zu einer Schlägerei kam. Daß das Verhalten Molls auf das entscheidende gerügt werden muß, ist selbstverständlich und soll an dieser Stelle hiermit geschehen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Aufmerksamkeit einmal auf die hier arbeitenden Hamburger Kollegen lenken. In früheren Jahren hat man hier wenig von Affordarbeiten im Baugewerbe gemerkt, höchstens, daß die Innenputzereien in Afford verrichtet wurden. Das Affordmauern hat man nicht gekannt. Dies haben uns die Kollegen aus Hamburg gebracht. Kolonnenweise bieten sie sich den Unternehmern an, um die Bauten in Afford zu mauern. Daß dies eine Bombe für die Unternehmern ist, läßt sich denken. Mit dem Achtundentag wird es dann

nicht so genau genommen. Haben wir doch schon feststellen können, daß 9 und 10 Stunden gearbeitet wird. Schreier dieser Zeiten hat auf einer abgelegenen Baustelle Hamburger Maurer um 6 Uhr abends noch bei der Arbeit getroffen. Wenn man diese Leute dann auf ihr unsozialistisches Verhalten aufmerksam macht, dann haben sie die dümmsten Einwürfe und oft noch ein recht großes Wort. Diese Kollegen scheinen das Inbegriff eines großen Wohlstandes zu betrachten, wo jeder machen kann, was er will. Jahrelange Arbeit hat es gekostet, um die Organisation aufzubauen; große Opfer haben unsere Kollegen gebracht, um einem rückständigen Unternehmertum geordnete Arbeitsverhältnisse abzurufen. Seine Mühe und Arbeit ist gescheitert worden zur Verbesserung unserer Lage. Wenn nun jetzt die gut organisiert sein wollenen Kollegen aus Hamburg uns das alles wieder zerstören wollen, ich will nicht sagen mit Absicht, aber aus Unverständnis, und dem Unternehmertum in die Hände arbeiten, dann ist das mit parlamentarischen Ausdrücken nicht mehr richtig zu bezeichnen. Den vernünftigen Kollegen möchte ich zurufen: wenn sie bei uns in Arbeit treten, so dürfen sie sich nicht von kurzfristigen Gesichtspunkten leiten lassen und die ansässigen Kollegen dem Unternehmertum gegenüber verraten. Die Aktionisten sind in den meisten Fällen nicht auf ihre Rechnung gekommen; den Nutzen haben nur die Unternehmer gehabt und die Kollegen haben ihre Knochen umsonst zu Marne tragen müssen.

**Cöln.** Der „Terror der Gewerkschaftsbureaucratie im Bauarbeiterverband“. Unter vorliegender Überschrift bringt das hiesige Kommunismusblatt einen Artikel, in dem es klage über den Terrorismus führt, den angeblich die Gewerkschaftsbureaucratie des Bauarbeiterverbandes gegen die armen unglücklichen Kommunisten ausübt. Das Geschrei ist zu lächerlich, um ernsthaft darauf einzugehen. Wenn ein derartiges Blatt sich über Terrorismus beschwert, dann hört sich das genau so an, als wenn ein Wegelagerer, der friedliche Reisenden überfällt und weuchelt, sich über die Gewalttätigkeit der Polizei enttutelt, die ihm jene verbrecherische Handwerker schlägt. Im deutschen Bauarbeiterverband herrscht eben noch der allmögliche Wahn, daß für alle Mitglieder die Verbandsbeschlüsse und Verbandsentscheidungen verbindlich sind. Die Beschlüsse und Satzungen sind von den Mitgliedern auf Grund des allgemeinen, gleichen und freien Wahlrechts geschaffen worden. Die Gewerkschaftsbureaucratie hat daher die Verpflichtung, diesen Beschlüssen Anerkennung zu verschaffen. Aber ein richtiggehender Kommunismus betrachtet ebenso wie die Verfassung und die Gesetze des Staates auch die Satzungen und Beschlüsse des Verbandes als Luft. Er möchte am liebsten die ganze nichtchristliche Welt mit allem Drum und Dran in die Luft sprengen. Wird er in dieser seiner Bestrebungsrichtung behindert, dann schimpft er je nachdem auf den weißen Terror, die Moskau- und die „Gewerkschaftsbureaucratie“. Die „Gewerkschaftsbureaucratie“, obschon alle ein oder zwei Jahre von den Arbeitern neu gewählt, steht bei den Kommunisten in dem gleichen Maße wie die Polizei bei den Arbeitern und Einbrechern. Genügend wie es die Polizei bei Verbrechern recht machen kann, ebenso wenig wird das Gewerkschaftsbureaucratie je bei den Kommunisten geschehen. Da beide Kategorien, Verbrecher wie Kommunisten, schuldlos sind. Sie vernünftiger Mensch wird es daher ernst nehmen, wenn die Verbrecherwelt auf Polizei und Gerichte schimpft und noch viel weniger ernst wird die Kommunistenpartei genommen, wenn sie vom Terror der „Gewerkschaftsbureaucratie“ faßelt. Heuchelei, nichts als elende Heuchelei!

**Döberhan.** Bei der Firma Sächsische Kupfer- und Messingwerke in Kupferhammer-Großhau freiten die Maurer und Hilfsarbeiter seit dem 17. Februar. Die Firma sucht Maurer in den Zeitungen. Vor Zugang wird gewarnt.

**Drahtbau.** Am 26. März ist hier nach 6 Wochen Lauer der Streik der Maurer und Zimmerer zum Abschluß gekommen. Veranlaßt war der Kampf durch das faßliche Verhalten der Unternehmer, die mit uns nicht über eine Lohnsteigerung, sondern über Lohnabbau verhandeln wollten. Als die Arbeit niedergelegt war, riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuß an, der am 4. März folgenden Schiedsspruch fällte: „Der Stundenlohn für Maurer, Zimmerer, Kalf- und Steinträger beträgt 6,50 M, für gültige Hilfsarbeiter 6,40 M und für ungeliebte Hilfsarbeiter 6,20 M. Außerdem erhalten die Zimmerer 15 S Gehalt für die Stunde.“ Dieser Schiedsspruch wurde von den Streikenden abgelehnt. Am 12. März teilte die Firma Feil mit, daß sie bereit sei, die Forderung der streikenden Kollegen zu bewilligen. Darauf beschloffen diese, am 16. März bei dieser Firma die Arbeit aufzunehmen. Inzwischen hatte der Vereinigte Werkbund, in Verfolg eines Beschlusses der Stadtverordneten, sechs Parteien zu Einigungsverhandlungen geladen, die am 12. März stattfanden. Das Ergebnis war, daß die Unternehmer sich bereit erklärten, für Maurer, Zimmerer und Träger einen Stundenlohn von 6,75 M, für Bauhilfsarbeiter von 6,40 M zu zahlen. Zimmerer sollten außerdem 10 S Gehalt für die Stunde bekommen. Auch dieses Angebot wurde von den Streikenden abgelehnt. Am 18. März fanden direkte Verhandlungen mit den Unternehmern statt, in denen ihnen unsere Forderungen, für Maurer, Zimmerer und Träger 7 M, für Bauhilfsarbeiter 6,80 M Stundenlohn, 10 S Gehalt für Zimmerer, nochmals unterbreitet wurden. Am 26. März wurde dann endlich ein Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem Maurer, Zimmerer und Träger zunächst 6,75 M, Bauhilfsarbeiter 6,40 M Stundenlohn bekommen. Vom 30. April an kommen Maurer, Zimmerer, Träger und Gemeinftarbeiter 7 M Stundenlohn, Bauhilfsarbeiter 6,80 M, Hilfsarbeiter und Tischbauarbeiter 6,60 M. Bei Bauarbeiten wird ein Zuschlag von 20 % gezahlt, ebenso bei Stahlbetonarbeiten. Für Überstunden werden 25 % für Nacht- und Sonntagsarbeiten 50 % Zuschlag gezahlt. Bei Arbeiten, die mehr als 5 km vom Mittelpunkt der Stadt entfernt liegen, wird 1 Stunde Nachtlohn gezahlt. Bei Brand-, Wasser- und Schmutzarbeit wird ein Zuschlag von 25 % gezahlt. Dieser Tarifvertrag bringt uns eine Erhöhung des Stundenlohns für Maurer um 1 M, für Zimmerer um 1,10 M, für Bauhilfsarbeiter um 1,30 M. Diesen schönen Erfolg verdanken wir vor allem der Einheitsfront und Einigkeit der Streikenden, die vom Beginn des Kampfes an den Willen zum Siege hatten.

**Stuttgart.** In Nr. 12 des „Grundstein“ ist der Bericht der Generalversammlung des Vereins veröffentlicht. In diesem Bericht wird mitgeteilt, daß die Sektionsversammlung der Zementreue eine Resolution mit 6 Stimmen bei 5 Stimmenthaltung angenommen habe. Der Satz muß heißen: „Vor Schluß der Versammlung sollte eine Resolution behandelt werden, die in der Sektionsversammlung der Zementreue, die nur von 11 Kollegen besucht war, mit 10 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen wurde.“

**Zwiesel.** (Jahresbericht.) Unser Verein hatte im Jahre 1920 für die Hauptkasse eine Einnahme von 28 250 M und eine Ausgabe von 2003 M. Die Totalkasse hatte 14 113,60 M Einnahmen und 8645,44 M Ausgaben, so daß ein Kasienbestand von 5558,36 M blieb. Die Mitgliederzahl stieg von 442 auf 497. Im zweiten und dritten Quartal stieg die Zahl der arbeitenden Kollegen auf 90, weil der Straßenbau wegen Frostzeiten eingestellt wurde. In Zwiesel wurde der Eisenbahnbau Zwiesel-Bodenmais begonnen. Der Stundenlohn beträgt hier für Maurer 4,45 M und für Hilfsarbeiter 4,30 M. Die Löhne stehen in einem schlechten Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung. Durch die Macht der Organisation werden wir den notwendigen Ausgleich erreichen müssen. Wir hoffen, daß die Bauarbeiterchaft das

**Am 30. April ist der 17. Beitrag fällig.**

nötige Verständnis und den Weibsbild hat, um unsere zukünftigen Aufgaben zu erkennen. Der bisherige Vereinsvorstand wurde wiedergebählt. In der Generalversammlung sprach Kollege Fäber, München, über: „Die Sozialisierung des Baugewerbes“. Die Versammlung stimmte der Meinung zu, daß wir die Sozialisierung mit allen Kräften vorwärts treiben müssen. Es gilt nun, die Kollegen bis auf den letzten Mann zu gewinnen für den Kampf um das Wohl des Volkes.

**Die Ablehnung der Bautenkontrollreue aus Arbeiterkreisen im sächsischen Landtag.**

Am 16. März beschäftigte sich der sächsische Landtag mit dem Antrag Krz und Genossin, betreffend Bauarbeitergeh. Es wird unter anderem darin gefordert: „Für jede Kreisbauarbeitermannschaft sind mindestens 2 Aufsichtsbearbeiter aus der Berufsarbeiterchaft anzustellen. Auch soll die sächsische Staatsregierung auf das Reich einwirken, daß baldigst eine reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeitergeh. geschieht.“ Ministerialrat Dr. Müller sowie der Minister des Innern Lipinski stellten dem Antrag wohlwollend gegenüber. Die gesamte bürgerliche Minorität, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, die an dem Verhandlungslage wegen des Fehlens einiger sozialistischer Abgeordneter die Mehrheit bildeten, lehnte den Antrag glatt ab. Die sozialistische Landtagsmehrheit hat bekanntlich nur 2 Stimmen mehr als die Minorität. Das ist sehr bedauerlich und zeigt uns klar, daß die gesamte bürgerliche Gesellschaft den selbstverständlichen Forderungen der Arbeiterchaft hinsichtlich Bauarbeitergeh. und Bautenkontrolle auch heute noch feindselig gegenübersteht. Was die Ablehnung dieses Antrages für die Bauarbeiter bedeutet, merken wir täglich in unserer Berufsarbeit. Werden doch fortgesetzt überall die Vorschriften der Gewerbeaufsichtsvorgänger sowie polizeiliche Vorschriften über Bauarbeitergeh. übertreten. Infolgedessen reißt sich ein Betriebsunfall an den anderen. Wenn auch die Baubeteiligten hier und da ein wachsendes Auge haben, so sind sie doch im allgemeinen dieser Ungehelligkeit noch wenig gewöhnt. Umlich angestellte Bautenkontrollreue würden dem Privatunternehmertum gegenüber viel strenger und fortreter vorgehen können.

Aber die Bautenkontrollreue haben auch noch einen anderen Wert. Ihr Arbeitsfeld ist bedeutend größer. Überall, wo Kapitalisten für sich Willen und Fabrikgebäude bauen, werden erstklassige Baustoffe verwendet. Für diese sind genügend und beste Baustoffe vorhanden, es fehlt an nichts. Vergleichen auch bei Staatsbauten. Dort würde auch ein Bautenkontrollreue allgemein wenig auszuweisen haben, da bei derartigen Bauten Sachaufsichtsbearbeiter genügend vorhanden sind. Anders sieht es bei den sogenannten Siedlungs- und anderen Bauten, deren Räume hauptsächlich von Arbeitern, Arbeiterstellen und Unterbeamten bewohnt werden sollen. Man sehe sich die Baustoffe an, die oft außerordentlich minderwertig sind. Was Wunder, wenn in einem derartig lieblich zusammengeworfenen Hause nach kurzer Benutzung keine Tür hält, größere Wölbflüche, sobald eine Person durchs Zimmer geht, sich nach allen Seiten neigen, da die Balkenlagen zu schwach sind. Unter dem Dach bläst der Wind den Schnee zu allen Tugun hinein, da es auf dem billigen Wege hergestellt wurde. Möbel und Haken bekommen oft in dem Mauerwerk keinen Halt. Die Bewohner können sich vor Ingezier nicht retten, da nur Dreck zur Ausstattung der Balkenlage benutzt wurde, nehmen die Reparaturkosten kein Ende, oder die Wände fällt zusammen. Hier gibt es für die Bautenkontrollreue aus Arbeiterkreisen ein reiches Betätigungsfeld, um die Vermieden der Armen zu schützen und dafür zu sorgen, daß diese auch wirklich gesunde und brauchbare Wohnungen bekommen. Dem Preise entsprechend, den ein derartiges Haus kostet, kann es auf alle Fälle solide gebaut werden. Dabei können die Privatunternehmer noch glänzende Gewinne machen.

Wie am Hochbau, so auch im Tiefbau. Die gleichen Unternehmertypen, ob es sich nun um Straßen- oder Kanalbauten, Hochverursungsarbeiten usw. handelt. Sobald der Unternehmer weiß, daß er keine oder nur mangelhafte Kontrolle zu erwarten hat, wird darauf losgeschlagen. Für den Unternehmer ist die Hauptsache, der Bau ist fertig und der Stamm fällt so lange, wie die Garantiezeit läuft. Nach Ablauf der Garantiezeit geht die Sache verloren. Den Gemeinden oder Gemeindefreunden entstehen oft große Ausgaben, um die durch Selbstverschuldung entstandenen Schäden zu beseitigen. Man bedachte, wie oft Quellenbauarbeiten sehr oberflächlich ausgeführt werden. Und wie wichtig für ein Wasserversorger und Verbraucher ist dieser Bauabschnitt. Mit vernünftiger Sorgfalt müßte dieser Bau ausgeführt werden, und wie oft wird von den Unternehmern

dagegen gefündigt. Also auf diesem Gebiet haben die Bautenkontrollreue ein weiteres Tätigkeitsgebiet.

Aus den angeführten Gründen, die noch bedeutend vermehrt werden könnten, müssen wir immer wieder durch unsere Vertreter in Gemeinde-, Staats- und Reichsparlamenten die Forderung erheben: Einstellung von Bautenkontrollreue aus Arbeiterkreisen in ausreichender Zahl! Damit können wir dem Privatunternehmertum gehörig auf die Finger sehen und es zwingen, die Vorschriften über Bauarbeitergeh. zu respektieren und die ihnen übertragenen Arbeiten ordnungsgemäß auszuführen, zum Wohle der Allgemeinheit!

Paul Pfeilich, Dresden.

**Wie ist den Arbeitslosen zu helfen?**

Es besteht hier die Einrichtung, daß alle Arbeitsstellen der Reichs nach nur durch den Arbeitsnachweis vermittelt werden. Die Sache an sich ist korrekt. Vorweg will ich nun in kurzen Zahlen die Existenzfrage darlegen. Ich erhalte mit meiner Frau zusammen die Woche 84 M, also monatlich 252 M, staatliche Arbeitslosenunterstützung. Hierin muß ich monatlich für Miete 55 M und in den Wintermonaten 75 M für Koch- und Leuchtgas entrichten; es bleibt also ein Rest von 206 M für Kleidung und Ernährung; von Heizung will ich gar nicht sprechen. Es macht für 2 Personen die Woche 32 M, pro Person 16 M aus; eine Summe, die bei der ein jeder den Verhungern nahe kommen muß. Die Arbeitslosigkeit betrug bei mir wie auch bei vielen andern Kollegen im Jahre 1920 bis Weihnachten 12 Wochen und von da an bis zum 1. März 9 Wochen, dann 4 Wochen Arbeit, und jetzt muß ich wieder auf dem Nachhause hinken anschießen. Wer nun unter solchen Verhältnissen mit diesen geringen Mitteln auskommen muß, wer keine Nebeninnahmen oder gar keine eigenen Mittel besitzt, der wird unwillkürlich dazu getrieben, sich auf unredliche Art das Geld zu verschaffen, ist doch die lange Arbeitslosigkeit vielfach der Grund der vielen Einbruchsdiebstähle.

Es ist selbstverständlich, je länger der Arbeiter arbeitslos ist, desto bedrückter wird seine Lage. Der Staat ist noch an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit, es bleibt uns demnach nur der Weg der Eigenhilfe. Der Notlage entsprechend müßte also die Unterstützung aus Verbandsmitteln dort mit doppelter Kraft einsehen, wo sie jetzt aufhört, nach 12 Wochen. Ich schide vorweg, daß ich früher auf dem Standpunkt gestanden habe, daß die gewerkschaftlichen Einnahmen nur zum gewerkschaftlichen Massenkampf zu verwenden seien, aber diese außerordentlich traurigen Zustände, die eine Folge des Weltkrieges sind, ändern meine Ansichten. Es ist notwendig, daß wir zuerst das Lebel abstellen, das jetzt vorhanden ist. Wir dürfen nicht sagen, die Mittel müssen wir vielmehr für einen späteren Lohnkampf zurückstellen. In dieser Beziehung stehen wir doch nicht auf dem Standpunkt: Wiß Du Gottes Sohn, so hilf Dir selbst! Ich meine, da hätte die nationale und außerdem noch die internationale Gewerkschaftsorganisation einzutreten, wenn es nottut.

Zur Besserung möchte ich folgendes vorschlagen. Erstens: Jedes in Arbeit stehende Mitglied des Verbandes hat für 40 Wochen (diese Zahl bleibt noch 5 Wochen unter dem, was ich aus dem übersichtlichen Leipziger Jahresbericht in Nr. 13 des „Grundstein“ herausnehme) je 2 M Ertragsbeitrag zu einem Arbeitslosenfonds beizutragen. Das kann jedes Mitglied leicht leisten und es bringt uns, um mit runden Zahlen zu rechnen, eine Einnahme von 40 x 2 = 80 x 500 000 = 40 Millionen Mark. Ferner schlage ich folgende Ersparnis vor: Es ist durchführbar, daß die Mitglieder, die 5 bis 6 Monate ununterbrochen in Arbeit standen, hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung eine Wartezeit von 5 bis 6 Wochen durchzumachen haben. Dadurch würde in der günstigsten Jahreszeit viel gespart, weil über diese Zeit hinaus selten einer fortlaufend arbeitslos ist. Uns zum am übersichtlichsten abgefaßten Jahresbericht des Vereins Leipzig ist zu ersehen, daß im Durchschnitt die Leipziger Kollegen 42 Tage wegen Arbeitsmangels feiern; 287 460 Arbeitslosenstage durch die Zahl der Mitglieder, 6880, macht 42 Tage. Wenn nun an anderer Stelle des Berichtes die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der Feiernenden auf 14 Wochen angegeben ist, so ist damit gesagt, daß die davon Betroffenen mehr oder weniger Feiertage mit übernommen haben von denen, die gar nicht ohne Arbeit oder unter 42 Tage arbeitslos waren. Diese letzteren sind aber dann auch moralisch verpflichtet, die am schwersten Betroffenen durch tieferes Einsparen in die eigene Tasche nach besten Kräften zu entschädigen. So wie die Verhältnisse hier sind, so sind sie auch in andern Lohngebieten.

Deutens wäre zu erwägen, ob der Verband an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit ist. Auch hierüber kann man geteilter Meinung sein. In Betracht ziehe ich die Mitteilung des Kollegen Kaeplotz, daß trotz der mißlichen Lage der Mitglieder das Verbandsvermögen sich im Jahre 1920 um 7 1/2 Millionen vermehrt hat. Auch dieses oder ein Teil davon könnte wohl mit in Anspruch genommen werden. Wenn es auch ratsam ist, mit Verbandsgebern hauswirtschaftlich zu wirtschaften, so brauchen wir doch nicht auf dem Standpunkt einer Kapitalflucht zu stehen, um der Nachwelt Millionen zu hinterlassen.

Wenn unsere Kollegen die gefaßten Beschlüsse über Arbeitervermittlung aufrechterhalten sollen, so dürfen wir sie nicht verletzen lassen, sonst kann man es ihnen nicht verdenken, wenn sie, der Not gehorchend und entgegen den Beschlüssen der Organisation, sich selbst Arbeit suchen oder die ihnen gebotene annehmen. Damit gehen sie sich der Gefahr aus, ausgeschlossen zu werden. Und das kann doch nicht der Wille des Verbandes sein.

Wünschenswert ist es, daß sich auch andere Kollegen mit dieser Frage beschäftigen, und, wenn möglich, bessere Vorschläge machen. Jedenfalls müssen aber in kürzester Zeit Verbesserungen eintreten. D. S a b, Hamburg.

**Rümmert Euch um Eure Einkommensteuererklärung!**

Nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 1. Februar 1921 haben alle Steuerpflichtigen, also auch alle Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Einkommen im Kalenderjahre 1920 den Betrag von 10 000 M übersteigen hat, innerhalb einer vom zuständigen Finanzamt bestimmten Frist eine Erklärung über ihr Einkommen abzugeben. Auch diejenigen Arbeiter und Angestellten, denen ein Vordruck für die Steuererklärung bisher nicht überhandt

norden ist, sind verpflichtet, eine solche Erklärung abzugeben. Es liegt aber auch im eigenen Interesse eines jeden, der im Kalenderjahre 1920 weniger als 10000 M verdient hat, den Vorzug zur Steuererklärung (das Veranlagungsformular) beim zuständigen Finanzamt beziehungsweise seiner Steueramtsstelle möglichst sofort abzugeben und ihn auszufüllen. Nur dann hat er die Möglichkeit, alle die Abzüge geltend zu machen, auf die er Anspruch hat, also Fahrkosten von und zur Arbeitsstelle, Arbeitskleidung, Gewerkschaftsbeiträge, Prämien für Lebensversicherungen usw. und etwaige Steuernachlässe zu erwirken, zum Beispiel bei außergewöhnlicher Belastung durch Krankheiten in der Familie, Unfälle, Unterhalt und Erziehung der Kinder usw.

### Vom Bau.

**Annaberg.** Am Bahnbau Wattenhal bei Annaberg verunglückte am 8. April der Erbarbeiter Emmerich aus Annaberg dadurch, daß er vom plötzlich niederbrechenden Erd- und Felsmassen getroffen wurde. Der Verunglückte erlitt Verletzungen am Kopf.

**Sagen i. W.** Am 5. April verunglückte der Erbarbeiter Heim Köster in Wethofen am Neubau der Wasserleitung des Dorfmund-Hörder Kreiswasserwerks. Unternehmer ist Karl Hannebel, Dortmund. Der Kollege wurde vom Greißbagger erfasst. An der Baustelle wird durch Greißbagger der Bodenaushub vorgenommen. In der Baugrube waren eine Anzahl Arbeiter beschäftigt. Der Baggerführer hatte von der Bauleitung den strikten Befehl erhalten, zu schleubern, das heißt, er sollte den Greißbagger beim Niedergehen herumwerfen. Die Unfallverhütungsvorschriften lagen aber das Gegenteil. Beim Herumschleudern des Baggers wurde der Kollege getroffen, stolperte, und die Zähne des Greißbaggers, der geöffnet war, trafen ihn an Brust und Rücken. Der 45 Jährige schwere Greißbagger drückte den Kollegen zu Boden. Durch die furchtbare Wucht, mit der der schwere Korb herunterfiel, war Köster fast augenblicklich zu Tode gedrückt. Kaum nachdem der Greiser gehoben war, hauchte der Kollege sein Leben aus. Er war Kriegsbeschädigter und Enghäfer seiner bejahrten Mutter. Wer ist schuld an diesem Totschlag? Die Bauleitung. Es wird natürlich ein anderer Schuldiger gesucht werden. Nur zu leicht wird der Baggerführer in Verdacht kommen, der Schuldige zu sein. Aber dieser Mann ist auf seinem Standort viel zu weit entfernt, so daß er nicht in die Baugrube sehen kann. Mit größter Eile wird gearbeitet, um Profit zu erzielen. Auch muß der Bauleitung die Schuld aus einem andern Grunde zugedehnt werden; denn der Verorbene war bislang an der Baustelle, da er schwer kriegsbeschädigt war, mit Votengängen usw. beschäftigt. Er mußte aber auf Anordnung der Bauleitung leicht fester Zeit in der Kolonne mitarbeiten. Der heilige Profit läßt es nicht zu, einen Vaterlandsverräter, der übrigens während des Krieges schon einmal totgefangen war, mit den bisherigen leichtesten Arbeiten zu beschäftigen. Weder bekamen wir auch jetzt zu wissen, daß die Zugvorrichtung an diesem Greißbagger nicht ganz intakt ist; denn die Kettenzüge sind an einem Tage nur viermal gerissen.

**Dividendenlegen.** Die „Schlesische Aktiengesellschaft für Portlandzementfabrikation“ in Grochowitz hatte 1920 einen Fabrikationsgewinn von 8762423 M gegen 2988365 M im Jahre 1919. Von dem Gewinn wurden 1200000 M für Abschreibungen und 1000000 M für den Erneuerungsfonds verwendet. Die Dividende beträgt 30%. Die „Vorwohler Portlandzementfabrik Aktiengesellschaft Plant & Co.“ hatte im Jahre 1920 einen Gewinn von 588264,44 M. Davon erhielt der Aufsichtsrat 6112,20 M, die Aktionäre 15% Dividende und 10% Bonus, die Beamten- und Invalidentätigkeitskasse 100000 M, 800000 M wurden dem Werterhaltungsfonds zugewiesen. Die „Portlandzementfabrik Karlsruher a. M., Ludwig Roth, Aktiengesellschaft“, hatte 1920 außer 409424 M, die für Abschreibungen verwendet wurden, einen Reingewinn von 1899480,27 M gegen 748829 M im Jahre vorher. Davon sollen 18% Dividende verteilt werden. Die Vorzugsaktien werden außerdem mit 5% verzinst. Der Arbeiterunterstützungsfonds sollen 350000 M überwiesen werden. Die „Zementfabrik Aktiengesellschaft Bonner Bergwerks- und Hüttenverein“ hatte 1920 nach 550000 M Abschreibungen 1217269,35 M Vertriebsüberschuss. Daraus erhält der Aufsichtsrat 65015,10 M, 510000 M werden als Rücklage verwendet, 5% Dividende auf Vorzugsaktien, 4% erste Dividende auf Stammaktien und halbe erste Dividende (also 2%) auf 900000 M Aktienkapital werden verteilt. Die Generalversammlung hat dann noch Verfügungsrecht über 511354,26 M. Der Aufsichtsrat schlägt nun vor, hieron 14% Ueberdividende auf alte Stammaktien und 7% auf neue Stammaktien von 1920 zu verteilen. Die Aktionäre würden demnach 19% beziehungsweise 18% beziehungsweise 11% Dividende erhalten. — Zu diesen glänzenden Geschäftsergebnissen paßt wie die Faust aufs Auge die Meldung, daß die Reichsstelle für Zement mit Wirkung vom 1. April an den Zementpreis für 10000 kg um 90 M erhöht hat.

### Gewerkschaftliches.

**Baugewerksbund und Glaserverband.** Die Verschmelzung mit einem andern Verband oder der Anschluß an eine größere Organisation wird im Glaserverband seit Jahren erörtert. Seit 1898 hat sich nach jeder Generalversammlung mit der Frage beschäftigt. Im Jahre 1919 fand eine Urabstimmung statt, in der darüber entschieden werden sollte, ob eine Verschmelzung mit dem Deutschen Bauarbeiterverband oder mit dem Holzarbeiterverband oder die weitere Selbstständigkeit des Verbandes gelten sollte. Für den Deutschen Bauarbeiterverband stimmten nur 123 Mitglieder, für den Holzarbeiterverband 1397 und 1439 für die weitere Selbstständigkeit.

Trotz des vorstehenden Ergebnisses beantragten einige Delegierte auf dem im Frühjahr 1919 stattgefundenen Verbandstage, den Anschluß an den Holzarbeiterverband auf die Tagesordnung zu setzen. Das geschah nun nicht, wohl aber

nahm man eine Satzungsänderung vor in dem Sinne, daß bei zukünftigen dergleichen Urabstimmungen nicht mehr eine Zweidrittelmehrheit, sondern die einfache Mehrheit entscheidend sei. Nun haben wir im Vorjahre den Deutschen Baugewerksbund zur Diskussion gestellt. Der Vorstand des Glaserverbandes hat jetzt durch Umfrage in den Ortsvereinigungen eine Abstimmung vornehmen lassen, die nachstehendes Ergebnis hatte: Für den Anschluß an den Baugewerksbund stimmten in 38 Zahlstellen 3387 Mitglieder, gegen den Anschluß in 3 Zahlstellen 72 Mitglieder; eine abnormale Stellung nahmen in 6 Zahlstellen 266 Mitglieder ein und von 18 Zahlstellen ging keine Mitteilung über das Ergebnis ein. Damit hat sich die Mehrheit der Mitglieder für den Anschluß an den Baugewerksbund ausgesprochen. Die endgültige Entscheidung liegt nun bei der Generalversammlung des Verbandes. Die Zahlenunterschiede zwischen der ersten und zweiten Abstimmung sind für uns sehr lehrreich.

Der Glaserverband nahm noch eine zweite Umfrage vor. Bei dieser handelt es sich um die weitere Zugehörigkeit zur Arbeitgemeinschaft für das deutsche Holzgewerbe. Für den Austritt erklärten sich 30 Zahlstellen mit 2509 Mitgliedern, gegen den Austritt 7 Zahlstellen mit 797 Mitgliedern, 10 Zahlstellen mit 430 Mitgliedern enthielten sich der Abstimmung und 18 Zahlstellen sandten keine Nachricht ein.

### Bücher und Schriften.

**Vogelkonstruktionen.** Preis 7 M. **Die Dachschiffung.** Preis 8 M. **Die Treppenanstufung.** Preis 8 M. Die 3 Vorschritten sind von dem Verfasser Bernhard E. B. Schiefel, Borchhorst i. W., zu beziehen. Wir können sie nach dem, was wir bisher von Maurern und Zimmerern darüber hörten, empfehlen.

### Bekanntmachung der Bezirksauschüsse.

Der Bezirksrat des Bezirks Hannover wählte in den Bezirksauschüssen folgende Kollegen: Joh. Schent, Bezirksleiter, Hermann Dreves, Karl Wöig, Karl Schode, u. Bachmann, Joh. Birfeld, Aug. Honschopp, sämtlich in Hannover. J. M.: Joh. Schent.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

**Ausgeschloffen** ist auf Grund des § 21 des Statuts vom Reichel: R. Sommerfeld, geboren am 17. Dezember 1868 zu Marienwalde (Buch-Vr. 229749); vom Verbandsvorstand: **Edward Thomas**, geboren am 5. März 1881 zu Himmern, aus dem Verein Delitzsch.

Vom 10. bis 16. April haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gezahlt: Altendorf i. S. 7029,10 M., Nachen 19000,20, Anklam 912,60, Angermünde 758,60, Arensee 159,50, Ansbach 1449,90, Alma i. Th. 331,80, Arnberg 929,35, Alfeld 2715,10, Arnberg 1041,10, Apolda 847,20, Bochum 28609,55, Brunnshaupten 640,10, Burg i. Dithm. 280,30, Bitterfeld 10000, Bamfeld 26,20, Berne 41,60, Bodenfelde 675,20, Bornhöved 521,80, Bismark 209,60, Beelitz 171,15, Brühl 839,70, Barmstorf 270, Bützow 159,70, Bremerhaven 14983,40, Bernburg 6633,50, Blankenburg i. Th. 532,75, Budow 442,40, Beesfow 759,70, Bremerhaven 286,50, Büttow 132,00, Calbe 611,80, Golditz 1656,80, Calverde 419,40, Cammin 65,05, Coblenz 32742,05, Galesfeld a. S. 1112,60, Deggendorf 1764,30, Dessau 8192, Detmold 1688,50, Dyhernfurth 800, Dahme 788,60, Dramburg 168,60, Döbeln 3163,90, Delitzsch 2811,05, Dortmund 16638,50, Dannenberg 1001,45, Daber 544,70, Droyßig 1071,80, Daffow 105,40, Düren 10457,10, Eisenberg 1267,65, Eifen 869,70, Eisleben 3000, Faltersleben 950,20, Frankfurt a. d. O. 16361,61, Franzenberg i. S. 4542,15, Friedland i. M. 743,35, Freudenwalde i. S. 299, Friedland i. M. 650,80, Feldberg 311,60, Fraustadt 3729,90, Friedhof 140,50, Franzenhausen a. Ruffh. 2183,90, Freiberg i. S. 2088,22, Freiling 1172,20, Freiberg i. S. 13790,70, Goldberg i. Schl. 292,20, Ganderstein 814, Göbnitz 422,85, Gumbinnen 5694,70, Gölpen 95,20, Glauchau 2499, Grevesmühlener 385,25, Greifenberg in Bommern 19,80, Gr. Rhiden 246,80, Gradow 546, Gostlar 18900, Göttingen 1387,30, Geithain 594,45, Gardelegen 615,60, Gr. Weeren 450,80, Gyllow 420, Großenhain 209, Greifenhagen 251,40, Gabelsch 1164,85, Gnoien 1163,15, Genthin 964,60, Garfeld 280, Seilighausen 1000,30, Gameln 629,10, Hornberg 257,50, Gerbig a. B. 241,50, Golzmann 1088,65, Hufum 975,40, Helfers i. S. 665,95, Helmstedt 7381,25, Hamm i. W. 20000, Jüterbog 749,70, Jarmen 703, Jena 8699,10, Jever 97,80, Jacobshagen 86, Kronach 2567,70, Kempen i. Alg. 1217,70, Kratoch 515,70, Körlin 165,40, Kahlja 2519,60, Köslin 1478,20, Königstutter 1013,80, Klosterlausitz 463,20, Kellinghufen 225,60, Karlsruhe 6650,05, Kaltberg 2267,50, Keßin 994,50, Kappel 76,10, Keßin 93, Königberg i. d. Neum. 666, Lumburg a. d. E. 5000, Lindau i. S. 272,20, Lauenburg a. d. E. 340,10, Leib 164,70, Laage 676,0, Lindow 198,40, Leer 171,50, Lpt 5372,15, Leichitz 25,40, Landsbut 7376,12, Lauterberg 472,80, Liegnitz 252,05, Litge 406,40, Landsberg a. d. W. 1071,50, Lobenstein 1533, Lübbien 8,50, Meßfen 6923,05, Meuselwitz 826,20, Merseburg 57904,15, Memmingen 1565,90, Müllengrund 1615,85, Müllgen 540, Meißdorf 256,70, Malschin 1006,53, Mainz 6722,25, Munsier in Hannover 1463,65, Wittweiba 3400, Müßbach 8197,20, Müllitz 877, Merzbühl 106,80, Waddeburg 9689,05, Mitrow 1451,70, Norderne 1890,85, Nitzem (Kr. Jüterg.) 797, Müggard 248,60, Nitzsch 80,40, Nordenhain 2703,20, Neumarkt in Sachsen 1916, Neuland i. S. 178 15, Neuland a. d. Elbe 15486,45, Neuhardenberg 188,80, Northem 244,10, Norderburg i. S. 3688,80, Oßershausen 691,40, Oßers 1063,95, Oels in Schließen 266,70, Oschnitz 5767,35, Obhausen 1370,40, Oebisfelde 871,40, Peme 20000, Pörsch 1980,95, Priesitz 446,40, Pilsn 220,80, Pyritz 1023,85, Pöllnow 24,50, Pfla 623,70, Paleswal 532,85, Pirchitz 2184,85, Pölla 187,80, Peggau 1078,80, Paderin 133, Pinnow 306,60, Prenz 191,40, Puerfurt 1448,90, Pleßburg 2500, Pleßburg 796,50, Pönnberg 1719,15, Palschenow 1185,80, Pilsa 12607,40, Pörsch 8100, Pörschburg a. d. E. 462,40, Pleßschall 122,40,

Reichenbach i. W. 146,60, Raßeburg 589,25, Spremberg 9011,60, Sigmaringen 2101,55, Sandau a. d. E. 378,80, Schöningen 5618,80, Straßund 1879,10, Schöppenstedt 915,20, Schweinungen 385,50, Saarbrücken 20000, Solingen 12865,71, Stargard i. Pomm. 3246,70, Schwelbitz 1200,20, Saalfeld 924,95, Strehla 720,45, Schneeverdingen 413, Schneidemühl 1865,65, Sonderhausen 1553,50, Salzhausen 358,40, Stabfurt 5082,90, Schweidnitz 1771,65, Salzweil 1701,40, Schwedt 1245, Eichen 1127,20, Seelen a. S. 978,85, Sangerhausen 714,70, Thale 4000, Trepptow a. d. E. 864, Trebbin 2123,55, Tespe 1035,80, Thedinghausen 240,80, Tirminghen 130, Helsen 39,60, Ueteren 273,50, Uskar 158,90, Uirburg 608,80, Verden 5261,15, Wipfen a. d. N. 1131,20, Weithem 2295,40, Waldenburg 24738,30, Werba 4435,55, Wittstorf 1992, Wählig 1749,85, Wernigerode 983,10, Wernedien 462, Woldegk 372,25, Wipfen a. d. E. 609,30, Wipfer —, 80, Wollgait 1244,55, Wülfing 866,30, Weterlingen 615,80, Wollin 338,70, Welterland 209,05, Wohla 1863,50, Wriegen 1256,30, Ziegenhals 77,50, Zoffen 1365,80, Zittau 850,05, Zschau 2434,60, Zwickau 424,85, Zsch 2083,75.

**Protokolle:** Arnberg 30 M., Arnberg 60, Barmfeld 18, Belgis 30, Budow 24, Brandis 30, Burg i. Dithm. 6, Detmold 60, Deggendorf 18, Deutsch-Meißelwitz 60, Dobertan 12, Friedland i. M. 30, Freudenwalde i. S. 18, Glauchau 120, Großenhain 49, Golzau 24, Genthin 60, Goldberg i. Schl. 12, Seilighausen 36, Hufum 30, Kellinghufen 60, Keßin 36, Kappel 30, Lumburg i. S. 120, Leisnig 6, Leisnig 18, Lauterberg 8, Liegnitz 120, Lütz 18, Memmingen 800, Müllengrund 30, Müllgen 120, Malschin 150, Meißdorf 6, Müßbach 12, Neumarkt i. Schl. 60, Neuhardenberg 60, Neuland i. S. 105, Pyritz 18, Rudolstadt 12, Raßeburg 36, Schöningen 60, Steinach 30, Salzhausen 12, Sagan 12, Schweidnitz 12, Salzweil 30, Seiffen 51,10, Tespe 30, Ueteren 30, Weithem 150, Wolgast 30, Welterland 18, Zoffen 12, Zsch 150, —, Kalender: Arnberg 240 M., Bernburg 80, Frankfurt a. d. O. 160, Goldberg i. Schl. 24, Landsbut i. Bayern 176, Lütz 12, Munsler 80, Müßitz 40, Neumarkt i. Schl. 28, Oßershausen 40, Pörsch 134, Solingen 400, Trebbin 60, —, „Grundstein“ Einbände: Breslau 40 M., Coblenz 22, Gera 20, Hamburg 30, Jena 20, Karlsruhe 20, Liegnitz 20, Landsberg a. d. W. 20, Meissen 40, Marienwalde 20, Norderne 20, Neudamm 20, Pirna 20, Rudolstadt 20, Renscheid 20, Sienach 20, Stargard i. S. 20, Schneidemühl 20, Salzhausen 20, Waldenburg i. Schl. 20, Zittau 20, Zwickau 20. — **Verschiedene Schriften:** Arendsee 4,50 M., Arnberg 30, Auerbach 40, Bremen 162, Barth 15, Budau 15, Buer 8,70, Berlin 28,40, Bützow 6, Freiberg i. S. 24,70, Goldap 9, Seilighausen 12, Hameln 90, Heitzberg a. S. 22,50, Hamburg 800, Kronach 5,70, Kahlja 15, Kellinghufen 18, Lindau i. Bayern 42, Lpt 9,20, Laage 22,50, Lauterberg 7,50, Liegnitz 32, Landsberg a. d. W. 46,70, Müllengrund 15, Malschin 60, Marienwalde 15, Müßbach 37,50, Mannheim 26,40, Mittweida 150, Neudamm 4,50, Pyritz 6, Pirna 15, Duerfurt 7,50, Niesja 37,50, Schneidemühl 14,20, Schweidnitz 150, Weiden 26,20, Waldenburg i. Schl. 75, Wipfen a. d. Elbe 10,50, Zoffen 9.

**Der Verbandsvorstand.**

### Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder: **Angsburg.** Bernhard Gestle, Hilfsarb., 55 Jahre alt. **Coblenz (Sönningen).** Rad. Fergen, Hilfsarb., 27 J. **Cöln.** Werner Wischum, Zementarbeiter, 33 Jahre alt. **Wilhelm Müller,** Zementarbeiter, 63 Jahre alt. **Dresden.** Wenzel Frohna, Maurer, 54 Jahre alt. **Karl Claus,** Maurer, 62 Jahre alt. **(Pörschappel.)** Otto Dreißig, Maurer, 42 Jahre alt. **(Sporbitz.)** Curt Hartmann, Hilfsarb., 29 Jahre alt. **Frankfurt a. M.** (Vang.) G. Schaffner, Hilfsarb., 56 J. **(Seusenstamm.)** K. Scheerbaum, Maurer, 21 J. alt. **Göttingen.** (R.-L.) Engden. Ernst Heise, Maurer, 55 J. **Sagen (Schwerte.)** Heiner Kröter, Erbarb., 25 J. alt. **Jena.** (Gamburg.) Herm. Trautzmann, Hilfsarb., 68 J. **Kiel.** Gottlieb Rostek, 59 Jahre alt. **Königsberg i. Pr.** Carl Behrendt, 66 Jahre alt. **Wihl. Rückleben,** 45 Jahre alt. **Ferd. Sachs,** 33 Jahre alt. **Landsberg a. d. W.** (Sobatin.) J. Hohensee, 5, 58 J. **Leipzig.** Willy Findeisen, Hilfsarbeiter, 27 Jahre alt. **(Leipzig.)** Richard Bier, W., 31 Jahre alt. **(Bützow.)** Paul Schwarzbach, 48 Jahre alt. **Magdeburg.** Fr. Renschler, 61 Jahre alt. **Münster i. W.** (Sobatin.) G. Tibbe, Steinb., 61 J. **Neuland a. d. Elbe.** Matthias Poh, 41 Jahre alt. **Hilberberg (Furt.)** Joh. Gerlach, Steinbauer, 49 J. **Hagenburg (Furt.)** Josef Hartl, Maurer, 49 J. alt. **Seelen.** Heinrich Bense, 51 Jahre alt. **Frenckenbüchen.** Carl Schneider, 68 Jahre alt. **Zuttlingen.** Matthias Guthmann, 27 Jahre alt. **Ehre ihrem Andenken!**

### Geschäftsführer.

Der Bezirksverein Zuttlingen sucht sofort einen Die Eigenart des Vereinsgebiets erfordert eine durchaus selbständige Kraft. Kennnis der christlich-nationalen Arbeiterbewegung unbedingt erforderlich. Bewerber müssen dem selbstgeschriebenen Verbandsführer einen Lebenslauf sowie einen Aufweis über die Aufnahme eines Gewerkschaftsangehörigen beifügen und bis spätestens zum 1. Mai an **M. Guethner, Zuttlingen**, unter der Aufschrift „Bewerbung“ einreichen. Da in Zuttlingen Wohnungsnot besteht, würde ein lediger Kollege bevorzugt werden.

### Veranlagungen.

Graafee. Sonntag, 24. April, nachm. 3 Uhr, bei Frau Franke. Trittau. Sonntag, 24. April. F. O.: Befriedigung der Mitarbeiter. Anwesenheit aller dringend erforderlich.